

Ausbildungsplan

zur Grundausbildung für den Exekutivdienst

Impressum

MedieninhaberIn, VerlegerIn und HerausgeberIn:
Bundesministerium für Inneres,
Abteilung I/9 – Sicherheitsakademie – Zentrum für Grundausbildung
Herrengasse 7, 1010 Wien
bmi.gv.at
Verantwortlicher: Thomas Schlesinger, BA MA
Fotonachweis:
Layout: BMI – Abt. I/5/b
Druck: Digitalprintcenter des BMI,
Herrengasse 7, 1010 Wien

Wien, 2021

Ausbildungsplan

zur Grundausbildung für den Exekutivdienst

Wien, 2021

Inhalt

Entstehung	4
Kompetenzprofil für den Uniformierten Polizeidienst.....	5
Struktur und Ausbildungsziele der Polizeigrundausbildung	6
Studentafel	7
1 Personale und Sozialkommunikative Kompetenzen	8
1.1 Einführung und Behördenorganisation.....	9
1.2 Angewandte Psychologie.....	11
1.3 Kommunikation und Konfliktmanagement.....	15
1.4 Berufsethik und Gesellschaftslehre.....	17
1.5 Menschenrechte.....	19
2 Polizeifachliche Kompetenzen	22
2.1 Dienstrecht.....	23
2.2 Sicherheitspolizeiliche Handlungslehre.....	27
2.3 Straf- und Privatrecht.....	39
2.4 Verfassungsrecht und Europäische Union.....	45
2.5 Verkehrsrecht.....	49
2.6 Verwaltungsrecht.....	55
2.7 Kriminalistik.....	57
2.8 Bürokommunikation.....	63
3 Situationsadäquate Handlungskompetenzen sowie Wahrnehmungs- und Reflexionskompetenzen	66
3.1 Modulares Kompetenztraining.....	67
3.2 Einsatztraining.....	69
3.3 Sport.....	79
3.4 Erste Hilfe.....	81
3.5 Englisch.....	83
3.6 Themenzentrierter Unterricht.....	85
4 Berufspraktikum	86
4.1 Berufspraktikum I.....	87
Bildungszentren der Sicherheitsakademie	89

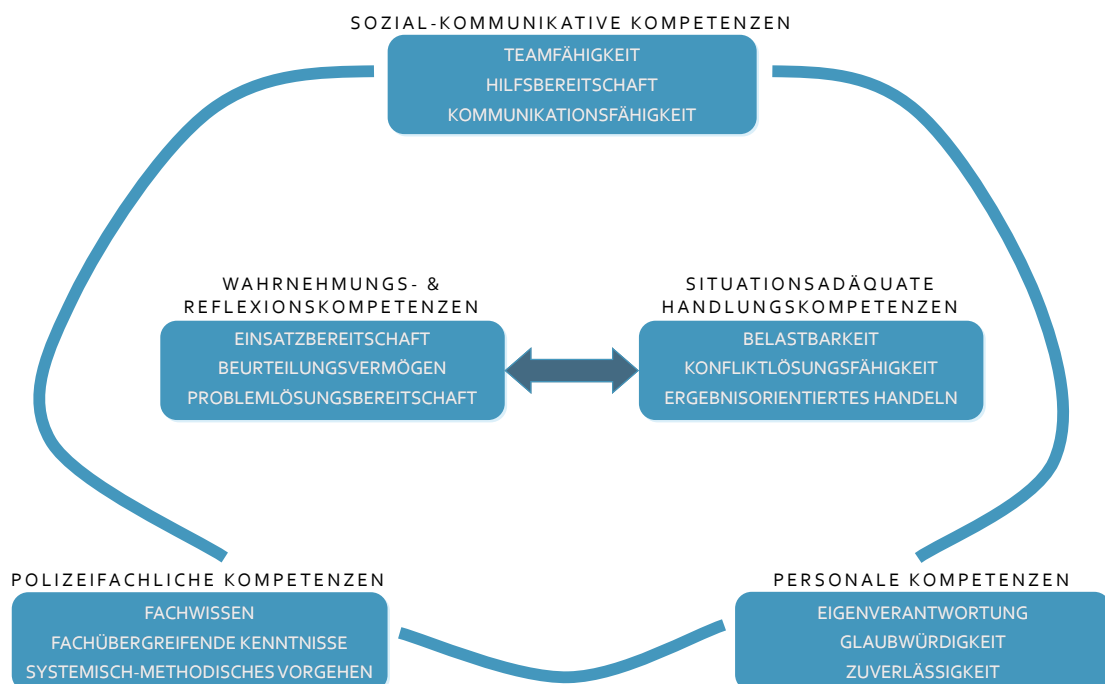
Entstehung

Die Sicherheitsakademie (SIAK) legt den Ausbildungsplan für die Polizeigrundausbildung (Grundausbildung für den Exekutivdienst) fest. Grundlage dafür ist die Verordnung der Bundesministerin für Inneres über die Grundausbildungen für den Exekutivdienst (Grundausbildungsverordnung – Exekutivdienst des BMI) in der geltenden Fassung.

Die Basis dafür bildet das für den uniformierten Polizeidienst entwickelte „Kompetenzprofil“. In Anlehnung an das Begriffsverständnis der Bildungsforscher Volker Heyse und John Erpenbeck wird unter dem Begriff der Kompetenz „das Vermögen, in komplexen und dynamischen Situationen selbstorganisiert werte- und regelkonform zu handeln“, verstanden.

Das für den uniformierten Polizeidienst mit sozialwissenschaftlichen Methoden entwickelte Kompetenzprofil umfasst die drei Kernkompetenzbereiche der sozial-kommunikativen, personalen und polizeifachlichen Kompetenzen. Die beiden Schlüsselkompetenzen der Wahrnehmungs- und Reflexionskompetenzen sowie der situationsadäquaten Handlungskompetenzen vervollständigen das Kompetenzprofil. In Bildern gesprochen sollen diese beiden Kompetenzen den Schlüssel zum Erfolg für das exekutive Einschreiten darstellen. In den jeweiligen Kern- bzw. Schlüsselkompetenzen sind zudem die drei zentralen Begriffe angeführt, die sie charakterisieren.

KOMPETENZPROFIL FÜR DEN UNIFORMIERTEN POLIZEIDIENST



Kompetenzprofil für den Uniformierten Polizeidienst

Im Ausbildungsplan zur Polizeigrundausbildung stellen die Kompetenzbereiche Meta-Ziele für die einzelnen Ausbildungsmodule dar. In der folgenden Stundentafel werden diese Lehrgegenstände in Ausbildungsmodule untergliedert.

Die dem Bereich der Persönlichkeitsbildung angehörenden Module sollen vor allem die sozial-kommunikativen und personalen Kompetenzen entwickeln. Die Rechtsmaterien zielen vor allem auf die polizeifachlichen Kompetenzen und das Training auf die beiden Schlüsselkompetenzen ab.

Die im Ausbildungsplan angeführten Wissens- und Fertigungsbeschreibungen stellen Lernergebnisse dar. Das methodische Vorgehen in der Ausbildung zielt auf die Erreichung dieser Lernergebnisse ab. Die Ausbildungsmodule sollen dem Ausbildungsstand entsprechend vernetzt und ganzheitlich gelehrt werden. Dies zeigt sich etwa im

modularen Kompetenztraining, das im fünften Ausbildungsmonat beginnt und in der Aufarbeitung von Amtshandlungen anhand der bis dahin erworbenen Wissens- und Fertigkeitselemente aufbaut. Im Sinne dieses kompetenzorientierten Unterrichtes soll letztendlich Handlungssicherheit erworben werden.

Struktur und Ausbildungsziele der Polizeigrundausbildung

Die Polizeigrundausbildung soll den Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes durch praxisnahe Lehre unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden jene Kompetenzen vermitteln, die im Kompetenzprofil für den uniformierten Polizeidienst als relevant definiert wurden. Die Schwerpunkte der polizeilichen Grundausbildung sind Handlungssicherheit und Bürgernähe auf Basis menschenrechtskonformen Verhaltens.

Basisausbildung – 12 Monate

Die Polizeibediensteten sollen jenes rechtliche sowie einsatztaktische und -technische Basiswissen erlangen, das sie für den Dienst in einer Polizeiinspektion (PI) benötigen. Die Wissensvermittlung soll kompetenzorientiert und praxisnah unter Vernetzung aller Ausbildungsinhalte erfolgen.

Berufspraktikum I – Kennenlernen des Dienstbetriebes – 3 Monate

Das Berufspraktikum dient zur Vermittlung des für die Verwendung in einer Polizeiinspektion nötigen dienstbetrieblichen Wissens sowie der Beurteilung der persönlichen und fachlichen Eignung für den exekutiven Außendienst. Die Polizeibediensteten werden dabei, ohne zum Personalstand der Praktikumsdienststelle zu zählen, von Exekutivbediensteten geschult und betreut.

Vertiefung – 5 Monate

Die Polizeibediensteten sollen die Ausbildungsinhalte, Erlebnisse und Erfahrungen des Berufspraktikums reflektieren. Darüber hinaus sollen sie das in der Basisausbildung erworbene Wissen vertiefen und mit den Ausbildungsinhalten des Berufspraktikums vernetzen.

Berufspraktikum II – Einführung in den Dienstbetrieb – 4 Monate

Während der Einführung in den Dienstbetrieb werden die Auszubildenden von Exekutivbediensteten kontinuierlich in den Dienstbetrieb ihrer Polizeidienststelle eingeführt.

Studentafel

LEHRGEGENSTAND	UNTERRICHTSEINHEITEN	GESAMT
1. Personale und sozialkommunikative Kompetenzen		
Einführung und Behördenorganisation	24	204
Angewandte Psychologie	56	
Kommunikation und Konfliktmanagement	40	
Berufsethik und Gesellschaftslehre	28	
Menschenrechte	56	
2. Polizeifachliche Kompetenzen		
Dienstrecht	40	1134
Sicherheitspolizeiliche Handlungslehre	240	
Straf- und Privatrecht	172	
Verfassungsrecht und Europäische Union	32	
Verkehrsrecht	176	
Verwaltungsrecht	160	
Kriminalistik	164	
Bürokommunikation	150	
3. Situationsadäquate Handlungskompetenzen sowie Wahrnehmungs- und Reflexionskompetenzen		
Modulares Kompetenztraining	160	806
Einsatztraining	424	
Sport	120	
Erste Hilfe	16	
Fremdsprachen	4	
Themenzentrierter Unterricht	82	
4. Berufspraktikum		468
SUMME		2612

1

Personale und Sozialkommunikative Kompetenzen

1.1 Einführung und Behördenorganisation

THEMENBEREICHE	STUDENTAFEL	GESAMT
Einführung	8	
Behördenorganisation	8	
Werte und Ziele des Bundesministeriums für Inneres	8	
		24 UE

1.1.1 Lernziele

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wissen:

- wie der Ausbildungsplan gestaltet ist;
- an welche Regeln sie sich nach der Hausordnung zu halten haben;
- an welche Regeln sie sich nach den Verhaltensregeln des BMI zu halten haben;
- was unter Behörde zu verstehen ist;
- wie Behörden handeln können;
- wie das BMI in der Rechtsordnung verankert ist;
- welche Strukturen und Organisationseinheiten das BMI aufweist;
- welche Werte des BMIs jedem polizeilichen Handeln zu Grunde liegen;
- welche Wirkungsziele im BMI angestrebt werden;
- warum und wie diese Wirkungsziele verfolgt werden.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen können:

- Auskunft über den Ausbildungsablauf geben;
- sich am Ausbildungsstandort überblicksmäßig zurechtfinden;
- die für sie geltenden Verhaltensregeln benennen und sich dementsprechend verhalten;
- den Begriff „Behörde“ erklären;
- das Handeln von Behörden erkennen und im Stufenbau der Rechtsordnung einordnen;
- die Strukturen und Organisationseinheiten des BMIs benennen und deren Funktionen erklären;
- verstehen, dass sie durch ihre Arbeit einen maßgeblichen Beitrag zu Freiheit, Wohlstand und sozialem Frieden leisten.

INHALTE DES THEMENBEREICHS EINFÜHRUNG

- Ausbildungsablauf und Inhalte des Ausbildungsplanes
- Organisation und Struktur der Sicherheitsakademie und der Bildungszentren
- Hausordnung des Bildungszentrums

- Allgemeine Verhaltensregeln des BMI (Allgemeine Polizeidienstrichtlinie, Exekutivdienststrichtlinien, ...)

INHALTE DES THEMENBEREICHS BEHÖRDENORGANISATION

- Überblick über den Begriff „Behörde“
- Überblick über die möglichen „Handlungsweisen“ einer Behörde
- Überblick über die Organisation und Struktur des BMI
- Überblick über die Aufgaben der einzelnen Organisationseinheiten

INHALTE DES THEMENBEREICHS EINFÜHRUNG WERTE UND ZIELE DES BMI

- Vision, Leitbild, zentrale Werte und strategische Schwerpunkte des BMI
- Wirkungsziele des BMI
- Strategische Schwerpunkte der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit
- GEMEINSAM.SICHER in Österreich
- Polizei.Macht.Menschenrechte

1.2 Angewandte Psychologie

THEMENBEREICHE	STUNDENTAFEL	GESAMT
Persönlichkeit, das „Selbst“	4	56 UE
Wahrnehmung	5	
Aggression	2	
Stress (Formen und Bewältigung)	6	
Macht-Autorität-Gehorsam, Entmenschlichung	6	
Überbringen von schockierenden Nachrichten	5	
Suizid	5	
Massenpsychologie (Panik, Katastrophen)	4	
Amok	3	
Umgang mit Menschen in psychischen Ausnahmezuständen	4	
Hilfe für psychisch Erkrankte und deren Angehörige	8	
Peer-Support	4	

1.2.1 Lernziele

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen wissen:

- über verschiedene Bindungsstile Bescheid;
- welche Divergenzen es bei der Fremd- und Selbstwahrnehmung gibt;
- um das Phänomen des Entstehens von Vorurteilen Bescheid;
- wie die verschiedensten Formen von Aggression entstehen können;
- welche verschiedenen Stressarten es gibt;
- wann man seinen Gehorsam in Frage stellen muss;
- welchen Zweck Entmenschlichung verfolgen kann;
- wie Machtmissbrauch entstehen kann;
- worauf sie beim Überbringen von schockierenden Nachrichten achten müssen;
- welche Merkmale es für Suizidalität geben kann;
- wie Angst und Panik auftreten können;
- wie sich Massen verhalten und wie diese beeinflusst werden können;
- über die Definition der Begriffe Katastrophe, Amok und Panik Bescheid;
- überblicksmäßig über psychische Krankheitsbilder Bescheid;
- über Hilfseinrichtungen für psychisch Erkrankte und deren Angehörige Bescheid;
- wie sie selbst Psychohygiene betreiben können;
- dass es durch den Peer-Support ein Unterstützungsangebot gibt, um ihr Wohlbefinden und ihre Professionalität im Dienst zu fördern bzw. wo sie Hilfe nach traumatischen Erlebnissen finden;
- dass es Situationen gibt, die sie an ihre psychische Belastbarkeitsgrenze bringen können;
- über verschiedene psychische Ausnahmezustände von Menschen Bescheid.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können:

- die eigene Biografie reflektieren und dadurch sich selbst und andere besser verstehen;
- Wahrnehmungsprozesse kritisch hinterfragen;
- das Auftreten von Stress bei sich selbst und anderen Menschen verifizieren und situativ damit umgehen sowie Stressabbau bzw. Stressminderung herbeiführen;
- dissoziative Hochstressreaktionen bei sich und anderen Menschen erkennen und damit professionell umgehen;
- Macht, Autorität und Gehorsam definieren und sind sich ihrer verantwortungsvollen Position im Umgang damit bewusst;
- sich mit der eigenen und der Autorität von Vorgesetzten kritisch auseinandersetzen;
- Entmenschlichungsprozesse im Entstehen erkennen und entsprechend daraufreagieren;
- schockierende Nachrichten professionell überbringen;
- von schockierenden Nachrichten betroffenen Personen adäquate Hilfe zukommenlassen;
- suizidale Merkmale erkennen und entsprechend intervenieren;
- beim Aufkommen von Massenpanik entsprechendes polizeiliches Handeln setzen;
- Menschen, die sich in unterschiedlichsten, psychischen Ausnahmezuständen befinden, erkennen und entsprechend hilfreich darauf reagieren;
- mit Angehörigen von psychisch kranken Menschen sensibel umgehen;
- belastende Ereignisse mit Unterstützung von Peers aufarbeiten.

INHALTE DES THEMENBEREICHS PERSÖNLICHKEIT, DAS „SELBST“

- Entwicklungsaufgaben des Menschen aus der Sicht der Entwicklungspsychologie
- Bindungsstile nach Ainsworth, Bowlby und Witte
- Selbstbild und Fremdbild

INHALTE DES THEMENBEREICHS WAHRNEHMUNG

- Prozess der Wahrnehmung (Wahrnehmen-Denken-Fühlen-Handeln)
- Selektive und konstruktive Wahrnehmung
- Personenwahrnehmung (erster Eindruck, Vorurteil, Umgang)
- Wahrnehmungsbeeinflussungen/Wahrnehmungsfehler (z. B. durch Stress, optische Täuschungen, Vigilanz, selbsterfüllende Prophezeiungen, „HALO“-Effekt)

INHALTE DES THEMENBEREICHS AGGRESSION

- Definition, Arten der Aggressionsausübung
- Aggressionstheorien (z. B. nach Freud, Lorenz Bandura, Bauer oder Dollard)
- Aggressionsfördernde und -hemmende Faktoren
- Interventionsmöglichkeiten bei Auftreten von Aggression

INHALTE DES THEMENBEREICHS STRESS (FORMEN UND BEWÄLTIGUNG)

- Definitionen (z. B. nach Seyle, Hermanutz)
- Stressarten (Alltagsstress, kumulativer, chronischer oder traumatischer Stress)
- Entstehungsformen
- Transaktionales Stressmodell nach Lazarus und Launier
- Stressoren (psychisch, physisch oder sozial)
- Mögliche Reaktionen (psychisch-physisch) bzw. Auswirkungen auf den Menschen
- Bewältigungs- und Abbaumöglichkeiten

INHALTE DES THEMENBEREICHS MACHT – AUTORITÄT – GEHORSAM, ENTMENSCHLICHUNG

- Definition und Abgrenzung der Begriffe
- (positiver) Umgang mit Macht, Autorität, Gehorsam und Machtmissbrauch
- Gruppenphasen, Gruppentypen, Führungsstile und deren Interferenzen
- Praktische Experimente (z. B. Milgram-Experiment, Stanford Prison Experiment)
- Der Entmenschlichungsprozess

INHALTE DES THEMENBEREICHS ÜBERBRINGEN VON SCHOCKIERENDEN NACHRICHTEN

- Der Tod als Tabuthema in der Gesellschaft
- Möglicher Reaktionsprozess und mögliche Reaktionen bei Betroffenen
- Stress (Querverweise zum separaten Themenblock)
- Grundbedürfnisse von Menschen (z. B. nach Maslow)
- Unterstützungsmöglichkeiten (z. B. Krisenintervention, Akutbetreuung)
- Psychohygiene
- Aufbau des Ablaufs einer Verständigung

INHALTE DES THEMENBEREICHS SUIZID

- Definition und Entwicklung
- Suizid – Mythen und Wirklichkeit
- Krisen
- Dynamik (Ringel, Pöldinger)
- Risikogruppen
- Aktuelle Suizidalität – mögliche Einschätzung, Umgang
- Suizid und Exekutive

INHALTE DES THEMENBEREICHS MASSENPSYCHOLOGIE (PANIK, KATASTROPHEN)

- Angst (Entstehung, Komponenten, Auswirkungen, Umgang)
- Panik (Definition, Formen, Symptome, Auslöser, Bedingungen, Maßnahmen)
- Psychologie der Masse (Menge, Beeinflussbarkeit)
- Katastrophe (Definition, Reaktionen)

INHALTE DES THEMENBEREICHS AMOK

- Amok (Definition, Abgrenzungen, Dämmerzustand und Motivationen)
- Kennzeichen
- Narzisstische Kränkung
- Verstärkende Persönlichkeitsmerkmale

INHALTE DES THEMENBEREICHS HILFE FÜR PSYCHISCH KRANKE UND DEREN ANGEHÖRIGE

- Psychopathologie
- Behandlungs- und Therapiemöglichkeiten
- Umgang mit psychisch Kranken und deren Angehörigen bei einschlägigen Amtshandlungen
- Stigmatisierung von psychisch Kranken
- Hilfseinrichtungen für psychisch erkrankte Menschen und deren Angehörige

INHALTE DES THEMENBEREICHS MENSCHEN IN PSYCHISCHEN AUSNAHMEZUSTÄNDEN

- Selbstgefährdung bzw. suizidales Verhalten
- Fremdgefährdungslage („tobende [akute] Psychose“)
- Drogen,-Alkoholintoxikation
- Aggressive Menschen
- Demenzen
- wahnhaftige Personen
- Abgängigkeiten
- Personen in (allgemeinen) Ausnahmesituationen (Einbruch, Unfall, Führerscheinabnahme, Schwerstverletzte, etc.) – wie Schock oder Trauma
- Zu den angeführten Punkten vor allem krisenintervenierende (notfallpsychologische) Möglichkeiten, die betroffenen Personen bis zum Eintreffen der Rettungskräfte psychisch zu stabilisieren bzw. eine Amtshandlung zu deeskalieren.

INHALTE DES THEMENBEREICHS PEER-SUPPORT

- Auswirkungen von stark belastenden und traumatischen Ereignissen
- Informationen über das Angebot einer professionellen Aufarbeitung belastender dienstlicher Einsätze

1.3 Kommunikation und Konfliktmanagement

THEMENBEREICHE	STUNDENTAFEL	GESAMT
Grundlagen der Kommunikation	8	40 UE
Angewandte Kommunikation	12	
Konfliktmanagement	12	
Vertiefung und Reflexion	8	

1.3.1 Lernziele

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wissen:

- über zentrale Kommunikationsregeln sowie Kommunikationsmodelle Bescheid;
- welche zentrale Techniken der Gesprächsführung es gibt;
- über die möglichen Gründe von Beschwerden über polizeiliches Einschreiten (Kritik an den sozial-kommunikativen Kompetenzen der einschreitenden Exekutiv-beamt*innen);
- dass es wesentliche Aspekte interkultureller Kommunikation gibt;
- welche Strategien im Sinne des Konfliktmanagements anwendbar sind;
- dass Feedbackregeln nötig sind, damit ein Abgleich von Selbst- und Fremdbild im Sinne der Reduktion des „blinden Flecks“ ermöglicht werden kann;
- über die Bedeutung von Selbstreflexion Bescheid;

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können:

- die zentralen Kommunikationsregeln und Kommunikationsmodelle in Bezug auf den uniformierten Polizeidienst anwenden sowie im Szenarientraining umsetzen;
- zentrale Techniken der Gesprächsführung anwenden;
- Aspekte der interkulturellen Kommunikation für den Exekutivdienst nutzen;
- professionell mit konfliktbehafteten Situationen umgehen;
- wertschätzendes Feedback geben;
- Selbstreflexion durchführen.

INHALTE DES THEMENBEREICHS GRUNDLAGEN DER KOMMUNIKATION

- Einführung in den Unterrichtsgegenstand
- Zentrale Kommunikationsregeln bzw. Kommunikationsmodelle in Bezug auf den Polizeidienst insbesondere unter Berücksichtigung des Modells „Die vier Seiten einer Nachricht“ (Friedemann Schulz von Thun) und der „Grundannahmen von Paul Watzlawick“
- Durchführung von Übungen zur Schaffung eines Problembewusstseins
- Analyse kommunikativer Situationen und Entwicklung von Problemlösungsstrategien Schnittstelle zum Amtshandlungsportfolio modulares Kompetenztraining Schulung bis zum 5. Monat der Ausbildung

INHALTE DES THEMENBEREICHS ANGEWANDTE KOMMUNIKATION

- Vertiefung und Umsetzung der Kommunikationsregeln im kommunikativen Szenarietraining polizeilichen Handelns
- Komponenten der persönlichen Ausstrahlung
- Bedeutung der nonverbalen Körpersprache
- Abgleich „Selbst- und Fremdbild“
- Bedeutung und Durchführung von Feedback Schnittstelle zum Amtshandlungsportfolio modulares Kompetenztraining Schulung bis zum 5. Monat der Ausbildung

INHALTE DES THEMENBEREICHS KONFLIKTMANAGEMENT

- Zentrale Techniken gesprächsgenerierenden Nachfragens
- Verstehen einer Beschwerde aus kommunikativer Meta-Sicht
- Aspekte interkultureller Kommunikation
- Konfliktmanagement
- Konfliktmodelle nach Gerhard Schwarz und Friedrich Glasl
- Eskalationsstufen

INHALTE DES THEMENBEREICHS VERTIEFUNG UND REFLEXION

- Vertiefung von Theorie und Praxis (Erfahrungen aus der Praxisphase) durch Übungen und Rollenspiele
- Analyse und Reflexion eigener Erfahrungen

1.4 Berufsethik und Gesellschaftslehre

THEMENBEREICHE	STUNDENTAFEL	GESAMT
Grundlagen	8	28 UE
Rolle und Werthaltung der Exekutive in der Gesellschaft	8	
Gesellschaftslehre	12	

1.4.1 Lernziele

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen wissen:

- über die Begriffe Ethik, Moral und Sittlichkeit Bescheid;
- welche Kriterien ethisches Verhalten erfüllen muss;
- dass Individuen, Gruppen, Gesellschaften, etc. unterschiedliche Bedürfnisse haben;
- welche allgemeinen ethischen und moralischen Grundlagen es gibt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können:

- sich mit ethischen Aspekten polizeilicher Aufgaben und Handlungen auseinandersetzen;
- das Berufsbild des Exekutivbediensteten kritisch reflektieren;
- Verbindungen mit rechts- und persönlichkeitsbildenden Themen herstellen und in Zusammenhang zu ihrer polizeilichen Identität setzen;
- soziale Strukturen und Mechanismen der zwischenmenschlichen Begegnung erkennen;
- ihr eigenes Einschreiten anhand der Merkmale ethischen Handelns beurteilen.

INHALTE DES THEMENBEREICHS GRUNDLAGEN – ETHIK DES BERUFSBEREICHES

- Begriffsbestimmungen
- Kriterien ethischen Verhaltens
- Spannungsfeld Beruf-Privatbereich
- Bedeutung der Angelobung
- EU-Polizeikodex
- Leitbild Lehre
- Erwartungen der Gesellschaft, der Dienstbehörde und eigene Erwartungen

INHALTE DES THEMENBEREICHS ROLLE UND WERTHALTUNG DER EXEKUTIVE IN DER GESELLSCHAFT

- Rollenkonflikte-Werthaltungen
- Exekutive und Gesellschaft
- Spannungsfeld verschiedener Ansprüche

INHALTE DES THEMENBEREICHS GESELLSCHAFTSLEHRE

- Grundlagen der Soziologie
- Die heutige Gesellschaft
- Gesellschaftliche Veränderungen

1.5 Menschenrechte

THEMENBEREICHE	STUNDENTAFEL	GESAMT
Einführung	4	56 UE
EMRK	8	
Menschenrechtsfallanalyseschema	8	
Volksanwaltschaft	4	
Menschenrechtliche Kontrollmechanismen	4	
Gedenkstättenbesuch	12	
A World of Difference (Anti-Defamation League)	16	

1.5.1 Lernziele

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen wissen:

- über die geschichtliche Entwicklung der Menschenrechte Bescheid;
- welche Bedeutung die Menschenrechte für die Polizeiarbeit haben;
- wie die wesentlichen Prinzipien der Menschenrechte zu verstehen sind;
- wie das Menschenrechtsfallanalyseschema angewendet wird;
- über die Bedeutung der wesentlichen Menschenrechte;
- welche Aufgaben die Volksanwaltschaft hat;
- welche nationalen und internationalen Kontrollmechanismen es im Bereich der Menschenrechte gibt;
- den Unterschied zwischen individueller und institutioneller Diskriminierung und von neuesten Erscheinungsformen menschenrechtlich relevanter Tatbestände wie „Hate Crime (Definition, Auswirkungen und Vorurteilsindikatoren);
- über die Genfer Flüchtlingskonvention Bescheid;
- über eine Gedenkstätte im Zusammenhang mit dem Holocaust Bescheid.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können:

- menschenrechtliche Fragestellungen und Anwendungen analysieren;
- menschenrechtliche Prinzipien und Reflexion anwenden;
- den Anwendungsbereich sowie den Eingriff in einzelne Menschenrechte im Kontext konkreter polizeilicher Maßnahmen identifizieren;
- die Volksanwaltschaft in ihrer Funktion unterstützen;
- Auskunft darüber geben, wie Opfern von Menschenrechtsverletzungen geholfen werden kann und wie diese zu ihren Rechten gelangen;
- unterschiedliche Formen der Diskriminierung erkennen;
- ihre Haltung zum Thema Diskriminierung reflektieren;
- auf Konflikte konstruktiv reagieren.

INHALTE DES THEMENBEREICHS EINFÜHRUNG

- Bedeutung der Menschenrechte für die Polizeiarbeit
- Geschichtliche Entwicklung der Menschenrechte
- Inhalte der verschiedenen Menschenrechtsdokumente
- Menschenrechte als Grundwerte unserer Gesellschaft

INHALTE DES THEMENBEREICHS EMRK

- Prinzipien der Menschenrechte
- Europäische Menschenrechtskonvention
- Genfer Flüchtlingskonvention
- Ausgewählte Menschenrechte wie zB. die unmenschliche oder erniedrigende Strafe oder Behandlung von Menschen (Folterverbot)
- dazugehörige Fallbeispiele

INHALTE DES THEMENBEREICHS MENSCHENRECHTSFALLANALYSESCHEMA

- Prinzipien der praktischen Anwendung der Menschenrechtsfallanalyse
- Konzept der Menschenrechtsfallanalyse im Zuge von Fallstudien
- Reflexion im Sinne des modularen Kompetenztrainings

Schnittstelle zum Amtshandlungsportfolio modulares Kompetenztraining Modul „Erste allgemeine Hilfeleistung“

Menschenrechtsfallanalyseschema – Schulung bis zum 5. Monat der Ausbildung

INHALTE DES THEMENBEREICHS VOLKSANWALTSCHAFT

- Funktion und Aufgaben der Volksanwaltschaft

INHALTE DES THEMENBEREICHS MENSCHENRECHTLICHE KONTROLLMECHANISMEN

- Nationale und internationale Kontrollmechanismen
- Rechte von Personen, die in ihren Menschenrechten verletzt wurden

INHALTE DES THEMENBEREICHS GEDENKSTÄTTENBESUCH

- Vor- und Nachbereitung eines Gedenkstättenbesuches anhand individueller Methoden entsprechend der Gedenkstätte und die Durchführung einer Exkursion

INHALTE DES THEMENBEREICHS A WORLD OF DIFFERENCE

- Vorurteile und Stereotypen zu bestimmten Gruppen
- Förderung des Konfliktlösungspotenzials
- Formen der Diskriminierung

2

Polizeifachliche Kompetenzen

2.1 Dienstrecht

THEMENBEREICHE	STUNDENTAFEL	GESAMT
Einführung	4	40 UE
Allgemeine und besondere Dienstpflichten	8	
Rechte der Bediensteten	6	
Besoldungsrechtliche Ansprüche	10	
Verantwortlichkeiten der Bediensteten	8	
Sonstige Bestimmungen	4	

2.1.1 Lernziele

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer **wissen:**

- welche Stellung und Aufgaben der Exekutive innerhalb des Stufenbaues der Rechtsordnung zukommen;
- über den Unterschied zwischen öffentlich–rechtlichem Dienstverhältnis und Vertragsbedienstetenverhältnis (Vertrag / Ernennung) Bescheid;
- welche allgemeinen und besonderen Dienstpflichten sie einhalten müssen;
- welche Rechte ihnen zustehen;
- wie wichtig die Einhaltung der diversen Meldepflichten für die Personalverwaltung ist;
- über den Unterschied zwischen Nebenbeschäftigung und Nebentätigkeit Bescheid;
- über die verschiedenen Arten der gerechtfertigten Abwesenheiten vom Dienst Bescheid;
- über die besoldungsrechtlichen Ansprüche Bescheid;
- welche disziplinar- und zivilrechtliche Verantwortlichkeit sie haben;
- welche Aufgaben der Personalvertretung zukommen;
- womit sich das Bundesgleichbehandlungsgesetz auseinandersetzt;
- welche Funktion das Bundesbedienstetenschutzgesetz hat;
- die Grundzüge des Pensionsrechtes.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen **können:**

- ihre dienst- und besoldungsrechtliche Stellung erkennen;
- ihre soziale und pensionsrechtliche Absicherung definieren;
- die Notwendigkeit der Amtsverschwiegenheit verstehen;
- den Begriff „Planstellenbeschreibung“ einordnen;
- die Bestimmungen zur Geschenkannahme erklären;
- die verschiedenen Arten der Dienstleistung unterscheiden;
- verstehen, dass in Zusammenhang mit vermögensrechtlichen Ansprüchen nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten einhergehen;

- die Wichtigkeit einer funktionierenden Verwaltung verstehen;
- das Betätigungsfeld der Personalvertretung beschreiben.

INHALTE DES THEMENBEREICHS EINFÜHRUNG

- Verfassungsrechtliche Grundlagen des Dienstrechts
- Verbindung zu Art. 10 und Art. 20 B-VG
- Öffentlich–rechtliches Dienstverhältnis im Vergleich zum Vertragsbedienstetenverhältnis
- Begründung, Abänderung und Beendigung des Dienstverhältnisses – rechtliche Grundlagen
- Dienst- und besoldungsrechtliche Stellung
- Provisorisches und definitives Dienstverhältnis
- Arten der Verwendung
- Dienstzeit
- Pflichtversicherungen

INHALTE DES THEMENBEREICHS ALLGEMEINE UND BESONDERE DIENSTPFLICHTEN

- Allgemeine Dienstpflichten §§ 43 ff BDG
- Amtsverschwiegenheit
- Befangenheit
- Dienstweg
- Meldepflichten
- Nebenbeschäftigung
- Nebentätigkeit
- Geschenkkannahme

Inhalte des Themenbereichs Rechte der Bediensteten

- Gerechtfertigte Abwesenheiten vom Dienst
- Arten der Erhebung von der Verpflichtung zur Dienstleistung
- Mutterschutzgesetz, Väterkarenzgesetz, Karenz
- Ausbildung
- Karrieremöglichkeiten

INHALTE DES THEMENBEREICHS BESOLDUNGSRECHTLICHE ANSPRÜCHE

- Gehaltsgesetz
- Reisegebührenvorschrift
- Wachebedienstetenhilfeleistungsgesetz
- Sonstige Ansprüche

INHALTE DES THEMENBEREICHS VERANTWORTLICHKEITEN DER BEDIENSTETEN

- Disziplinäre Verantwortlichkeit
- Zivilrechtliche Verantwortlichkeit – Amtshaftung, Organhaftung, Dienstnehmerhaftung

INHALTE DES THEMENBEREICHS SONSTIGE BESTIMMUNGEN

Grundzüge aus folgenden Bestimmungen:

- Bundesgleichbehandlungsgesetz
- Bundesbedienstetenschutzgesetz
- Brandschutz, Zivilschutz, Arbeitsinspektion
- Personalvertretung
- Pensionsrecht

2.2 Sicherheitspolizeiliche Handlungslehre

THEMENBEREICHE	STUNDENTAFEL	GESAMT
Einführung und Organisation der Sicherheitsverwaltung	12	240 UE
Grundsätze der polizeilichen Aufgabenerfüllung	8	
Grundsätze des SPG und der StPO	10	
Erste allgemeine Hilfeleistungspflicht	16	
Kriminalpolizei – Aufklärung von Straftaten	50	
Sicherheitspolizei	44	
Waffengebrauch	20	
Umgang mit psychisch kranken Menschen	8	
Gewalt in der Privatsphäre – rechtliche Grundlagen	12	
Gewalt in der Privatsphäre – Seminar	12	
Vertiefung SPG	16	
Vertiefung StPO	16	
Einschreiten in besonderen Fällen	16	

2.2.1 Lernziele – Einführung und Organisation der Sicherheitsverwaltung

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wissen:

- welche Inhalte, Schwerpunkte und Themenbereiche der Lehrgegenstand umfasst;
- wie man den Begriff „Polizei“ im organisatorischen und im materiellen Sinn definiert und unterscheidet;
- was unter Sicherheitspolizei, Kriminalpolizei und Verwaltungspolizei zu verstehen ist;
- wie die Sicherheitsbehörden aufgebaut sind und die Bundespolizei organisiert ist;
- welchen sachlichen und örtlichen Wirkungsbereich Sicherheitsbehörden haben.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen können:

- die sachliche und örtliche Zuständigkeit der Sicherheitsbehörden, der Bundespolizei
- und deren Organen erkennen und entsprechend zuordnen;
- die jeweilige polizeiliche Aufgabenstellung erkennen und den entsprechenden Rechtsmaterien zuordnen;

INHALTE DES THEMENBEREICHS EINFÜHRUNG UND ORGANISATION DER SICHERHEITSVERWALTUNG

- Begriffsbestimmungen: Polizei, allgemeine Sicherheitspolizei bzw. örtliche Sicherheitspolizei, Kriminalpolizei, Verwaltungspolizei
- Sicherheitsverwaltung
- Aufbau der Sicherheitsbehörden
- Besorgung des Exekutivdienstes
- Wachkörper Bundespolizei
- Örtlicher Wirkungsbereich (inkl. Sprengelüberschreitung in den Bereichen Sicherheitspolizei, Kriminalpolizei, Verwaltungspolizei)

2.2.2 Lernziele – Grundsätze der polizeilichen Aufgabenerfüllung

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wissen:

- was unter Legalitätsprinzip, Offizialprinzip, Ultima-Ratio-Prinzip, Verhältnismäßigkeitsprinzip und dem Vorrang der Sicherheit von Menschen zu verstehen ist;
- über die Richtlinie für das Einschreiten der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes (RLV) Bescheid;
- welche Rechte der Betroffene bei der Ausübung von Befugnissen hat.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen können:

- die erlernten Prinzipien und die Bestimmungen der RLV bei der Erfüllung ihrer polizeilichen Aufgaben erkennen und anwenden.

INHALTE DES THEMENBEREICHS GRUNDSÄTZE DER POLIZEILICHEN AUFGABENERFÜLLUNG

- Legalitätsprinzip, Offizialprinzip, Ultima-Ratio-Prinzip, Verhältnismäßigkeitsprinzip
- Vorrang der Sicherheit von Menschen
- Rechte von Betroffenen bei der Ausübung von Befugnissen
- Richtlinien für das Einschreiten und Richtlinien-Verordnung (RLV)
- Sicherheit im Amtsgebäuden iVm RLV (Eigensicherung)

Überblickswissen

Verordnung des BMI über das Tragen von Uniformen
und die Verpflichtung zur Ausweisleistung

2.2.3 Lernziele – Grundsätze des SPG und der StPO

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wissen:

- Bescheid über den Regelungsumfang des SPG mit den Aufgaben der Sicherheitsbehörden;
- über den Regelungsumfang der StPO sowie über ausgewählte Grundsätze des Strafverfahrens Bescheid;
- die Inhalte der Begriffsbestimmungen des SPG.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen können:

- Sachverhalte dem Gebiet der Sicherheitspolizei oder der Kriminalpolizei zuordnen und ihre Aufgabenstellung erkennen;
- die Systematik des SPG und der StPO aus der Sicht der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes bzw. der Kriminalpolizei anwenden;
- die für die Kriminalpolizei maßgeblichen Grundsätze des Strafverfahrens anwenden.

INHALTE DES THEMENBEREICHS GRUNDSÄTZE DES SPG UND DER STPO

- Regelungsumfang des Sicherheitspolizeigesetzes (SPG)
- Unterscheidung zwischen der Organisation der Sicherheitsverwaltung und der Ausübung der Sicherheitspolizei
- Begriffsbestimmungen:
Allgemeine Gefahr, Gefährlicher Angriff, Gefahrenerforschung, mit beträchtlicher Strafe bedrohte Handlungen
- Gegenüberstellung der Aufgaben zu den allgemeinen und besonderen Befugnissen nach dem SPG
- Gegenüberstellung der Behördenbefugnisse und der Organbefugnisse im SPG
- Regelungsumfang der Strafprozessordnung (StPO)
- Grundsätze des Strafverfahrens nach der StPO:
- Strafverfahren (Anfangsverdacht)
- Objektivität und Wahrheitsforschung
- Rechtliches Gehör
- Recht auf Verteidigung
- Unschuldsvermutung
- Beschleunigungsgebot
- Beteiligung der Opfer

Überblickswissen

- Exekutivdienststrichtlinien (EDR)

2.2.4 Lernziele – Erste allgemeine Hilfeleistungspflicht

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wissen:

- was unter Erster allgemeiner Hilfeleistungspflicht (EAH) der Sicherheitsbehörden zu verstehen ist;
- welche Befugnisse zur Erfüllung der Aufgabe zur Verfügung stehen;
- wann die EAH beendet ist;
- welche Maßnahmen nach einem EAH-Einsatz zu treffen sind.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen können:

- die sicherheitspolizeiliche Aufgabenstellung der EAH erkennen, richtig zuordnen und erfüllen;
- die für die Erfüllung der EAH maßgeblichen Befugnisse gesetzeskonform und unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit anwenden.

INHALTE DES THEMENBEREICHS ERSTE ALLGEMEINE HILFELEISTUNGSPFLICHT

- Aufgabe der EAH
- Gefahrenforschung
- Ende der EAH
- Befugnisse im Rahmen der EAH:
- Allgemeinbefugnis
- Auskunftsverlangen
- Identitätsfeststellung
- Wegweisung
- Betreten und Durchsuchen von Grundstücken, Räumen und Fahrzeugen
- Inanspruchnahme von Sachen
- Datenverarbeitung
- Abfrage von Teilnehmerdaten und IP-Adressen
- Standortpeilung
- Unmittelbare Zwangsgewalt

Überblickswissen

- Störung der öffentlichen Ordnung durch Behinderung der EAH oder Beeinträchtigung der Privatsphäre bei der Erfüllung der EAH (vertiefende Behandlung im Lehrgegenstand Verwaltungsrecht)

Erlass Zwangsmittelanwendungen und Polizeibefugnisentschädigungsgesetz

Schnittstelle zum Amtshandlungsportfolio modulares Kompetenztraining

Modul „Erste allgemeine Hilfeleistung“

§ 19 SPG (wenn möglich auch die §§ 28 bis 32, 35 und 53 SPG)

– Schulung bis zum 5. Monat der Ausbildung

2.2.5 Lernziele – Kriminalpolizei – Aufklärung von Straftaten

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wissen:

- welche Beteiligte es im Ermittlungsverfahren gibt;
- wann das Ermittlungsverfahren beginnt bzw. endet und welchem Zweck es dient;
- Bescheid über ausgewählte, für die Kriminalpolizei im Ermittlungsverfahren besonders relevante Ermittlungsmaßnahmen und deren rechtliche Voraussetzungen.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen können:

- die Rollen der Beteiligten im Ermittlungsverfahren richtig zuordnen;
- den Beginn des Ermittlungsverfahrens erkennen und ausgewählte Ermittlungsmaßnahmen gesetzeskonform anwenden.

INHALTE DES THEMENBEREICHS KRIMINALPOLIZEI – AUFKLÄRUNG VON STRAFTATEN

- Definition der Begriffe Beschuldigter, Verdächtiger, Betroffener, Opfer und Privatbeteiligter
- Verwenden von Daten
- Anzeige- und Anhalterecht
- Zweck des Ermittlungsverfahrens
- Ermächtigung zur Strafverfolgung
- Zwangsgewalt und Beugemittel
- Ermittlungen der Kriminalpolizei aus eigenem Antrieb, über Anordnung der StA (bzw. Gefahr im Verzug) und über Anordnung der StA mit gerichtlicher Bewilligung (bzw. Gefahr im Verzug)
- Sicherstellung
- Identitätsfeststellung
- Durchsuchung von Orten und Gegenständen sowie Personen
- Körperliche Untersuchung
- Leichenbeschau und Obduktion
- Augenschein
- Ladung und Vorführung zur sofortigen Vernehmung
- Festnahme

Überblickswissen

- Verteidiger, Privatankläger, Vertreter, Auskunft über Stamm- und Zugangsdaten von Kommunikationsdiensteanbietern, Ordnungsstrafen, Amtsvermerk, Protokoll, Berichte, Aufschub kriminalpolizeilicher Ermittlungen
- Beschuldigten- und Opferrechte
- Anhalteordnung insb. Anwendungsumfang bei kurzfristigen Anhaltungen
- Geltende Erlasslage zu den ausgewählten Befugnissen

Schnittstelle zum Amtshandlungsportfolio modulares Kompetenztraining

Modul „Vermögensdelikt“

§ 117 i.V.m. § 118 StPO – Schulung bis zum 7. Monat der Ausbildung

Modul „Körperverletzung“

§§ 93, 94, 65ff StPO und § 35 SPG – Schulung bis zum 9. Monat der Ausbildung

2.2.6 Lernziele – Sicherheitspolizei

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wissen:

- was unter der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu verstehen ist;
- welche Aufgaben die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung beinhalten;
- welche allgemeinen und besonderen Befugnisse zur Aufgabenerfüllung zur Verfügung stehen bzw. anwendbar sind;
- wann bzw. wie die Befugnisse mit unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt durchgesetzt werden dürfen.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen können:

- die sicherheitspolizeilichen Aufgabenstellungen der „Gefahrenabwehr“, des „Vorbeugenden Schutzes von Rechtsgütern“, der „Streitschlichtung“ und der „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“ erkennen, richtig zuordnen und erfüllen;
- die für die „Gefahrenabwehr“, den „Vorbeugenden Schutz von Rechtsgütern“, der „Streitschlichtung“ und der „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“ notwendigen Befugnisse gesetzeskonform und unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit (gegebenenfalls auch mit Zwang) anwenden.

INHALTE DES THEMENBEREICHS SICHERHEITSPOLIZEI

- Aufgaben im Rahmen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit (Gefahrenabwehr, Vorbeugender Schutz von Rechtsgütern, Streitschlichtung)
- Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung
- Befugnisse im Rahmen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
- Allgemeinbefugnis „Beendigung gefährlicher Angriffe“
- Identitätsfeststellung
- Wegweisung
- Betreten und Durchsuchen von Grundstücken, Räumen und Fahrzeugen
- Durchsuchung von Menschen
- Sicherstellen von Sachen
- Inanspruchnahme von Sachen
- Eingriffe in die persönliche Freiheit
- Unmittelbare Zwangsgewalt

Überblickswissen

- Bewachung von Menschen und Sachen
- Ermittlungsdienst (Aufgabenbezogenheit und Zulässigkeit der Verarbeitung)

2.2.7 Lernziele – Waffengebrauch

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wissen:

- den Anwendungsbereich des Waffengebrauchsgesetzes 1969;
- welche Voraussetzungen für einen mindergefährlichen und einen lebensgefährdenden Waffengebrauch gegeben sein müssen;
- welche Dienstwaffen zur Verfügung stehen;
- welche Bestimmungen für die Verwendung anderer Waffen und Mittel mit Waffenwirkung gelten;
- welche Maßnahmen sie nach einem Waffengebrauch setzen müssen;
- welche Bestimmungen (auch jener in der Anhalteordnung in bestimmten Fällen) für das Anlegen der Handfesseln maßgeblich sind.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen können:

- den Anwendungsbereich des Waffengebrauchsgesetzes 1969 erkennen, Sachverhalte entsprechend zuordnen und beurteilen;
- das Anlegen von Hand- und Fußfesseln rechtlich beurteilen und begründen;
- die nach einer Zwangsmittelanwendung bzw. einem Waffengebrauch vorgesehenen Maßnahmen setzen.

INHALTE DES THEMENBEREICHS WAFFENGEBRAUCH

- Anwendungsbereich des Waffengebrauchsgesetzes 1969
- Gründe für den mindergefährlichen Waffengebrauch
- Dienstwaffen
- Ungefährliche oder weniger gefährliche Maßnahmen und gelindere Mittel
- Auswahl der Waffe
- Zweck des Waffengebrauchs
- Lebensgefährdender Waffengebrauch
- Androhung des lebensgefährdenden Waffengebrauchs
- Gebrauch anderer Waffen und Mittel mit Waffenwirkung
- Maßnahmen nach einer Zwangsmittelanwendung bzw. nach einem Waffengebrauch entsprechend geltender Erlasslage („Zwangsmittelerlass“)
- Rechtliche Voraussetzungen für das notwendige und maßhaltende Anlegen von Hand- und Fußfesseln

Überblickswissen

- Waffengebrauch geschlossener Einheiten
- Polizeibefugnisentschädigungsgesetz

2.2.8 Lernziele – Umgang mit psychisch kranken Menschen

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wissen:

- welche rechtlichen Voraussetzungen für eine Vorführung psychisch kranker Menschen zu einem Arzt bzw. in eine Krankenanstalt bzw. Abteilung für Psychiatrie und deren Unterbringung vorliegen müssen;

- welche Aufgaben und Befugnisse mit einer solchen Amtshandlung verbunden sind;
- welche Besonderheiten es im Zusammenhang mit einer diesbezüglichen Meldungslegung bzw. Berichterstattung gibt.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen können:

- die sicherheitspolizeiliche Aufgabenstellung der „Vorführung psychisch kranker Menschen“ erkennen und diese Aufgabe gesetzeskonform und verhältnismäßig erfüllen.

INHALTE DES THEMENBEREICHS UMGANG MIT PSYCHISCH KRANKEN MENSCHEN

- Rechtsgrundlagen zur Vorführung bzw. Unterbringung psychisch kranker Menschen gemäß Sicherheitspolizeigesetz bzw. Unterbringungsgesetz (UbG)
- Geltende Erlasslage
- Bezugnehmende Bestimmungen (Identitätsfeststellung, Personsdurchsuchung, Betreten und Durchsuchen von Grundstücken und Räumen, Vorführung, Durchführung einer Anhaltung, unmittelbare Zwangsgewalt)
- Vertraulichkeit und Mitteilungsverpflichtung (§ 39a und § 39b UbG)
- Rechte der betroffenen Personen

2.2.9 Lernziele – Gewalt in der Privatsphäre – Rechtliche Grundlagen

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wissen:

- unter welchen Voraussetzungen ein Betretungs- und Annäherungsverbot zum Schutz vor Gewalt auszusprechen ist;
- in welchem Umkreis das Annäherungsverbot gilt;
- welche Befugnisse ihnen zur Durchsetzung eines Betretungsverbotes zur Verfügung stehen;
- welche Informationspflichten gegenüber dem Gefährder bzw. der Gefährderin und der gefährdeten Person bestehen;
- den zeitlichen Geltungsbereich eines Betretungs- und Annäherungsverbotes;
- welche bezugnehmenden Bestimmungen es in der Exekutionsordnung gibt;
- wie bei einer Missachtung eines Betretungsverbotes und eines Annäherungsverbotes bzw. bestimmter einstweiliger Verfügungen vorzugehen ist;
- welche Berichts- bzw. Verständigungspflichten es zu erfüllen gilt;
- an wen Berichte und Meldungen übermittelt werden müssen.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen können:

- Amtshandlungen in Bezug auf Gewalt in der Privatsphäre durchführen und die entsprechenden Maßnahmen setzen;
- den involvierten Personen die vorgesehenen Informationen erteilen;
- im Falle der Missachtung eines Betretungsverbotes und eines Annäherungsverbotes bzw. bestimmter einstweiliger Verfügungen unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit den gesetzmäßigen Zustand wiederherstellen.

INHALTE DES THEMENBEREICHS GEWALT IN DER PRIVATSPHÄRE – RECHTLICHE GRUNDLAGEN

- § 38a SPG und gültige Erlasslage
- Erst- und Folgevollzug einstweiliger Verfügungen nach der Exekutionsordnung
- Verwaltungsübertretung gem. § 84 Abs. 1b SPG
- Verwaltungsübertretung gem. Artikel 2 SPG-Novelle 2013
- Datenübermittlung an Opferschutzeinrichtungen
- Verständigung des Kinder- und Jugendhilfeträgers iSd. § 37 B-KJHG 2013

Überblickswissen

- Bezugnehmende Bestimmungen der Exekutionsordnung (§§ 26, 382b, 382c, 382d, 382e und 382g EO)
- Unterkunftsmöglichkeiten für gefährdete Personen und Gefährder bzw. Gefährderin

Schnittstelle zum Amtshandlungsportfolio modulares Kompetenztraining

Modul § 38a SPG

Schulung bis zum 2. Ausbildungsabschnitt

2.2.10 Lernziele – Gewalt in der Privatsphäre – Seminar

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wissen:

- welche verschiedenen Erscheinungsformen von Gewalt es gibt;
- über Gewaltbeziehungen Bescheid;
- welchen Aufgabenbereich und Leistungsumfang die involvierten Opferschutzeinrichtungen haben;
- welche Täter- und Opferstrategien es gibt.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen können:

- offene Fragen aus der theoretischen Schulung und der Praxisphase abklären;
- ihr Verständnis für Gewaltopfer schärfen;
- Gewaltschutz praktizieren und gewaltpräventiv wirken.

INHALTE DES THEMENBEREICHS GEWALT IN DER PRIVATSPHÄRE – SEMINAR

- Überblick über die verschiedenen Erscheinungsformen von Gewalt
- Aufgaben und Leistungsumfang der Opferschutzeinrichtungen
- Täter- und Opferstrategien

Das Seminar wird von Mitarbeiterinnen der Gewaltschutzzentren in Kooperation mit einer hauptamtlichen Lehrkraft durchgeführt.

Schnittstelle zum Amtshandlungsportfolio modulares Kompetenztraining

Modul § 38a SPG

Schulung bis zum 2. Ausbildungsabschnitt

2.2.11 Lernziele – Vertiefung – SPG

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wissen:

- was unter Platzverbot, Schutzzone, Auflösung von Besetzungen, Durchsuchungsanordnung bei Großveranstaltungen und besonderen Befugnissen zur Verhinderung von Gewalt und Rassismus bei Sportgroßveranstaltungen zu verstehen ist;
- welche Aufgaben und Befugnisse bei diesen Themen den Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes zukommen;
- welche Voraussetzungen vorliegen müssen, damit die Missachtung entsprechender Verordnungen als Verwaltungsübertretung geahndet werden kann;
- wann bzw. wie die Befugnisse mit unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt durchgesetzt werden dürfen.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen können:

- in einem Platzverbot, einer Schutzzone, bei der Auflösung von Besetzungen, aufgrund einer Durchsuchungsanordnung bei Großveranstaltungen und bei Sportgroßveranstaltungen ihre Aufgaben erkennen und erfüllen;
- die zur Aufgabenerfüllung notwendigen Befugnisse gesetzeskonform und unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit (gegebenenfalls auch mit Zwang) anwenden;
- bei Verwaltungsübertretungen in diesem Bereich gesetzeskonform und verhältnismäßig einschreiten.

INHALTE DES THEMENBEREICHS VERTIEFUNG – SPG

- Platzverbot
- Schutzzone
- Waffenverbotszone
- Auflösung von Besetzungen
- Durchsuchungsanordnung bei Großveranstaltungen
- Besondere Befugnisse zur Verhinderung von Gewalt und Rassismus bei Sportgroßveranstaltungen (Sicherheitsbereich)
- Identitätsfeststellung im Zusammenhang mit einer Schutzzone und einem Sicherheitsbereich bei Sportgroßveranstaltungen
- Verwaltungsübertretungen im Zusammenhang mit einem Platzverbot, einer Schutzzone, einer Waffenverbotszone, einem Sicherheitsbereich, einem Betretungsverbot bei der Auflösung von Besetzungen und einer Meldeauflage

Überblickswissen

- Besondere Befugnisse zur Verhinderung von Gewalt und Rassismus bei Sportgroßveranstaltungen
- „Gefährderansprache“
- Präventive Maßnahmen: Meldeauflage, Belehrung, zwangsweise Vorführung und Anhaltung

2.2.12 Lernziele – Vertiefung – STPO

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wissen:

- welche Belehrungs- und Informationspflichten bestehen;
- welche Rechte Beschuldigte, Verdächtige und Opfer haben;
- welche rechtlichen Bestimmungen im Bereich der Vernehmung existieren.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen können:

- die jeweiligen Rechte von Opfern, Beschuldigten bzw. Verdächtigen entsprechend wahrnehmen, erklären und beachten;
- Opfer-, Zeugen- und Beschuldigtenvernehmungen in rechtlicher Hinsicht korrekt durchführen.

INHALTE DES THEMENBEREICHS VERTIEFUNG – STPO

- Rechte des Beschuldigten
- Rechtsbelehrung
- Opferrechte
- Recht auf Information
- Akteneinsicht
- Verfahren bei der Akteneinsicht
- Beweisanträge
- Übersetzungshilfe
- Zeuge und Wahrheitspflicht
- Verbot der Vernehmung als Zeuge
- Aussagebefreiung und Aussageverweigerung
- Information und Nichtigkeit
- Durchführung der Zeugen- bzw. Beschuldigtenvernehmung

Überblickswissen

- Verteidiger und Beziehung zur Vernehmung
- Gegenüberstellung
- Kontradiktorische Vernehmung
- Beweisverbot

2.2.13 Lernziele – Einschreiten in besonderen Fällen

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wissen:

- wie bei Vorliegen parlamentarischer oder diplomatischer Immunität eingeschritten werden darf;
- wie bei Begehung gerichtlich strafbarer Handlungen durch Unmündige, Jugendliche und junge Erwachsene eingeschritten werden darf;
- was unter „Assistenzleistung“ im Sinne der Exekutivdienststrichlinie zu verstehen ist und wie im Falle einer Unterstützungsanforderung vorzugehen ist;

- welche Besonderheiten es beim Einschreiten außer Dienst (Indienststellung) bzw. bei der grenzüberschreitenden Nacheile (Bundesgrenze) und im Bereich der grenzüberschreitenden Polizeikooperation gibt.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen können:

- die besondere Rechtslage bei entsprechenden Amtshandlungen erkennen, beachten und einhalten.

INHALTE DES THEMENBEREICHS EINSCHREITEN IN BESONDEREN FÄLLEN

- Einschreiten in Bezug auf die Immunität des Bundespräsidenten und der außerberuflichen Immunität der Abgeordneten zum Nationalrat, der Mitglieder des Bundesrates bzw. der Abgeordneten zu den Landtagen
- Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen
- Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen
- Erlasslage und Dienstanweisungen
- Jugendgerichtsgesetz:
 - Begriffsbestimmungen
 - Strafflosigkeit von Unmündigen und Jugendlichen
 - Örtliche Zuständigkeit
 - Besondere Verfahrensbestimmungen (Berichtspflicht bei Straftat eines Unmündigen) Verständigungen
 - besondere Rechtsbelehrung jugendlicher Beschuldigter
 - Festnahme und Untersuchungshaft bei jugendlichen Beschuldigten
 - Beziehung einer Vertrauensperson bei Vernehmungen
 - Verteidigerpflicht bei Vernehmungen im Falle einer Festnahme, Vorführung zur Vernehmung, Gegenüberstellung udgl.
 - Mitwirkung des gesetzlichen Vertreters
 - Verfahrensbestimmungen für Strafsachen junger Erwachsener
- Erlasslage und Dienstanweisungen in Bezug auf das Jugendgerichtsgesetz (JGG), z.B.: Umgang mit minderjährigen Straftätern, unmündigen Verdächtigen, Opfern und Zeugen sowie Ermittlungen in Schulen beim Verdacht gerichtlich strafbarer Handlungen
- Mitteilung bei Verdacht der Kindeswohlgefährdung an den Kinder- und Jugendhilfeträger iSd. § 37 B-KJHG 2013
- Regionale Schwerpunkte in Bezug auf das Polizeikooperationsgesetz bzw. zwischenstaatliche Übereinkommen
- Vertiefung – Indienststellung § 1/3 RLV und § 43 BDG

Überblickswissen

- Begriffsbestimmung „Assistenzleistung“ in der Exekutivdiensttrichtlinie
- Assistenzleistung für Gerichtsvollzieher

2.3 Straf- und Privatrecht

THEMENBEREICHE	STUNDENTAFEL	GESAMT
Allgemeiner Teil	50	172 UE
Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben	26	
Strafbare Handlungen gegen Freiheit und Ehre	14	
Hate Crime	4	
Strafbare Handlungen gegen Vermögen	30	
Computerstrafrecht	6	
Amts- und Korruptionsdelikte	16	
Sonstige ausgewählte Strafbestimmungen	26	

2.3.1 Lernziele

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer **wissen**:

- welche Bedeutung dem Strafrecht in der österreichischen Rechtsordnung zukommt;
- wodurch sich das öffentliche vom privaten Recht unterscheidet;
- wie das strafrechtliche Fallprüfungsschema anzuwenden ist;
- wie man einen Sachverhalt dem entsprechenden Tatbild zuordnet;
- welche maßgeblichen Tatbestands- und Qualifikationsmerkmale ein Delikt aufweisen muss;
- welche Sachverhalte den Justizbehörden anzuzeigen sind;
- wie die Justizbehörden organisiert sind.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen **können**:

- Strafrechtsdelikte erkennen und rechtlich einordnen;
- einen strafrechtlich relevanten Sachverhalt analytisch behandeln;
- strafbares Verhalten den einzelnen Delikten zuordnen;
- strafrechtlich relevante Sachverhalte den zuständigen Justizbehörden anzeigen;
- Entscheidungen der Strafjustizbehörden nachvollziehen.

INHALTE DES THEMENBEREICHS ALLGEMEINER TEIL

- Einführung (allgemeine Begriffe)
- Unterscheidung Öffentliches Recht und Privatrecht
- Formelles und materielles Strafrecht
- Allgemeine Bestimmungen
- Aufbau des Verbrechensbegriffes (Fallprüfung)
- Versuch und Beteiligung
- Begriffsbestimmungen
- Unrechtsfolgen

- Strafen und vorbeugende Maßnahmen
- Vermögensrechtliche Anordnungen
- Strafrechtliche Nebengesetze
- Diversion
- Organisation der Justizbehörden und Strafgerichte

Überblickswissen

§§ 18, 19, 19a, 20, 26 bis 28, 32 bis 35, 52a, 57, 64, 65, 67, 69, 70, 72, 74 StGB

INHALTE DES THEMENBEREICHS STRAFBARE HANDLUNGEN GEGEN LEIB UND LEBEN

- Mord
- Fahrlässige Tötung
- Grob fahrlässige Tötung
- Körperverletzung
- Schwere Körperverletzung
- Körperverletzung mit tödlichem Ausgang
- Absichtlich schwere Körperverletzung
- Fahrlässige Körperverletzung
- Gefährdung der körperlichen Sicherheit
- Raufhandel
- Tätlicher Angriff auf mit bestimmten Aufgaben betraute Bedienstete
- Imstichlassen eines Verletzten
- Unterlassung der Hilfeleistung

Überblickswissen

- Totschlag, Tötung auf Verlangen, Mitwirkung am Selbstmord, Tötung eines Kindes bei der Geburt, Körperverletzung mit schweren Dauerfolgen, Aussetzung, Quälen oder Vernachlässigen unmündiger, jüngerer oder wehrloser Personen

Schnittstelle zum Amtshandlungsportfolio modulares Kompetenztraining

Modul „Körperverletzung“

§ 83 StGB – Schulung bis zum 9. Monat der Ausbildung

INHALTE DES THEMENBEREICHS STRAFBARE HANDLUNGEN GEGEN DIE FREIHEIT UND EHRE

- Freiheitsentziehung
- Nötigung
- Schwere Nötigung
- Gefährliche Drohung
- Beharrliche Verfolgung
- Fortgesetzte Gewaltausübung
- Hausfriedensbruch

- Üble Nachrede
- Beleidigung
- Berechtigung zur Anklage

Überblickswissen

- Erpresserische Entführung,
- Täuschung
- Fortgesetzte Belästigung im Wege einer Telekommunikation eines Computersystems (Hinweis zum Computerstrafrecht)
- Menschenhandel

INHALTE DES THEMENBEREICHS HATE CRIME

- Lernobjekt Hate Crime
- Beleidigung aus rassistischen oder diskriminierenden Gründen
gem § 115 iVm § 117 Abs. 3 StGB
- Verhetzung
- Herabwürdigung religiöser Lehren
- Besonderer Erschwerungsgrund gem. § 33 Abs. 1 Z. 5 StGB

INHALTE DES THEMENBEREICHS STRAFBARE HANDLUNGEN GEGEN FREMDES VERMÖGEN

- Sachbeschädigung
- Schwere Sachbeschädigung
- Diebstahl
- Schwerer Diebstahl
- Diebstahl durch Einbruch oder mit Waffen
- Räuberischer Diebstahl
- Veruntreuung
- Unterschlagung
- Dauernde Sachentziehung
- Raub
- Schwerer Raub
- Erpressung
- Schwere Erpressung
- Betrug
- Schwerer Betrug
- Erschleichung einer Leistung
- Begehung im Familienkreis

Überblickswissen

- Gewerbsmäßiger Diebstahl und Diebstahl im Rahmen einer kriminellen Vereinigung
- Entwendung
- Entziehung von Energie
- Unbefugter Gebrauch von Fahrzeugen
- Eingriff in fremdes Jagd- und Fischereirecht
- Gewerbsmäßiger Betrug
- Notbetrug
- Versicherungsmissbrauch
- Hehlerei

INHALTE DES THEMENBEREICHS COMPUTERKRIMINALITÄT

- Lernobjekte Computerkriminalität
- Hinweis Massenphänomene
- Widerrechtlicher Zugriff auf ein Computersystem
- Datenbeschädigung
- Störung der Funktionsfähigkeit eines Computersystems
- Missbrauch von Computerprogrammen oder Zugangsdaten
- Betrügerischer Datenverarbeitungsmissbrauch
- Datenfälschung
- Datenverarbeitung in Gewinn- oder Schädigungsabsicht gem § 63 DSGVO

Schnittstelle zum Amtshandlungsportfolio – modulares Kompetenztraining

Modul „Vermögensdelikt“

§ 125 StGB - Schulung bis zum 7. Monat der Ausbildung

INHALTE DES THEMENBEREICHS AMTS- UND KORRUPTIONSDELIKTE

- Missbrauch der Amtsgewalt
- Bestechlichkeit
- Vorteilsannahme
- Vorteilsannahme zur Beeinflussung
- Verletzung des Amtsgeheimnisses
- Quälen oder Vernachlässigen eines Gefangenen
- Strafbare Handlungen unter Ausnützung einer Amtsstellung
- Vortrag durch das Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung im Ausmaß von 12 UE

Überblickswissen

- Fahrlässige Verletzung der Freiheit der Person oder des Hausrechts
- Bestechung
- Vorteilszuwendung
- Vorteilszuwendung zur Beeinflussung

- Verbotene Intervention
- Folter

INHALTE DES THEMENBEREICHS AUSGEWÄHLTE STRAFBESTIMMUNGEN

- **Gemeingefährliche strafbare Handlungen und strafbare Handlungen gegen die Umwelt:**
 - Brandstiftung
 - Fahrlässige Herbeiführung einer Feuersbrunst
 - Vorsätzliche und fahrlässige Gemeingefährdung
 - Vorsätzliche und fahrlässige Gefährdung durch übertragbare Krankheiten

Überblickswissen

- Vorsätzliche und fahrlässige Gefährdung durch Sprengmittel
- **Strafbare Handlungen gegen den religiösen Frieden und die Ruhe der Toten:**
 - Störung der Totenruhe
- **Strafbare Handlungen gegen Ehe und Familie:**
 - Kindesentziehung
- **Strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung:**
 - Vergewaltigung
 - Geschlechtliche Nötigung
 - Sexueller Missbrauch einer wehrlosen oder psychisch beeinträchtigten Person
 - Schwere sexueller Missbrauch
 - Sexueller Missbrauch
 - Missbrauch eines Autoritätsverhältnisses
 - Sexuelle Belästigung und öffentlich geschlechtliche Handlungen

Überblickswissen

- Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung
- Pornografische Darstellung Minderjähriger (Hinweis Computerstrafrecht)
- Sexueller Missbrauch von Jugendlichen
- Sittliche Gefährdung von Personen unter 16 Jahren
- Anbahnung von Sexualkontakten zu Unmündigen
- Blutschande
- **Tierquälerei**

- **Strafbare Handlungen gegen die Zuverlässigkeit von Urkunden und Beweiszeichen:**
 - Urkundenfälschung, Fälschung besonders geschützter Urkunden, Urkundenunterdrückung, Gebrauch fremder Ausweise
- **Strafbare Handlungen gegen die Sicherheit des Verkehrs mit Geld, Wertpapieren, Wertzeichen und unbarer Zahlungsmittel:**
 - Fälschung unbarer Zahlungsmittel
 - Entfremdung unbarer Zahlungsmittel
 - Ausspähen von Daten eines unbaren Zahlungsmittels

Überblickswissen

- Geldfälschung
- Wertzeichenfälschung
- **Strafbare Handlungen gegen die Staatsgewalt:**
 - Widerstand gegen die Staatsgewalt, Tätlicher Angriff auf einen Beamten
 - Verstrickungsbruch
- **Strafbare Handlungen gegen den öffentlichen Frieden:**
 - Verbrecherisches Komplott
 - Kriminelle Vereinigung

Überblickswissen

- Schwere gemeinschaftliche Gewalt
- Landzwang
- Aufforderung zu mit Strafe bedrohten Handlungen
- **Strafbare Handlungen gegen die Rechtspflege:**
 - Verleumdung
 - Vortäuschung einer mit Strafe bedrohten Handlung
 - Falsche Beweisaussage
- **Amtsanmaßung und Erschleichung eines Amtes**

2.4 Verfassungsrecht und Europäische Union

THEMENBEREICHE	STUNDENTAFEL	GESAMT
Verfassungsgeschichte	3	
Grundzüge des österreichischen Verfassungsrechts	6	
Gesetzgebung des Bundes	7	
Die obersten Verwaltungsorgane des Bundes	4	
Die Länder	2	
Die Gemeinden	2	
Gerichte des öffentlichen Rechts	3	
Europäische Union	5	
		32 UE

2.4.1 Lernziele

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen wissen:

- Eckdaten der für die Entstehung der Verfassung maßgeblichen Personen;
- die historischen Hintergründe der österreichischen Verfassung;
- Bescheid über das Konzept der Aufteilung der Staatsaufgaben zwischen Bund und Ländern;
- die wesentlichsten Aufgaben des Parlamentes;
- wer die Gesetzgebung auf Bundesebene ausübt und wie deren Ablauf ist;
- welche Rechtsstellung die Abgeordneten innehaben;
- welchen Sinn und Zweck die Wahlrechtsgrundsätze erfüllen;
- welche Aufgaben und Kompetenzen die Staatsspitze hat;
- über die politische Verantwortung der Verwaltung Bescheid;
- dass das Legalitätsprinzip die verfassungsrechtliche Grundlage der Verwaltung ist;
- wer die Organe der Landesgesetzgebung sind;
- welchen Weg die Landesgesetzgebung geht;
- über das Wesen der Selbstverwaltung Bescheid;
- welche Funktion die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes innehaben;
- wie die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts organisiert sind;
- Bescheid über die Geschichte und wichtigsten Eckdaten der Europäischen Union;
- welche Rechtssatzformen in der Union bestehen;
- wie sich die vier Grundfreiheiten der Union auf die Unionsbürger auswirken.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können:

- die Entstehung der österreichischen Verfassung in den geschichtlichen Kontext einordnen;
- den Wert der Demokratie als Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens verstehen und erklären;
- andere Staats- und Regierungsformen abgrenzen;

- die Organe des Staates der jeweiligen Gebietskörperschaft zuordnen;
- die täglichen gebrauchten Bestimmungen in den Stufenbau der Rechtsordnung einordnen;
- polizeiliche Befugnisse in Verhältnis zu den Grund- und Freiheitsrechten setzen;
- die Zuständigkeit der Polizei mit den Instanzenzügen der Verwaltung verknüpfen;
- die kontrollierende Funktion der Gewaltentrennung erkennen;
- mögliche Rechtswege, die den Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen nach polizeilichem Handeln offenstehen, darlegen;
- den Regierungsbildungsprozess verstehen;
- das Wesen der Supranationalität erklären.

INHALTE DES THEMENBEREICHS VERFASSUNGSGESCHICHTE

- Namen und Eckdaten der für die Entstehung der österreichischen Verfassung maßgeblichen Personen
- Historische Hintergründe der österr. Verfassung
- Die Überleitung der Verfassung nach 1945
- Die Entstehung der österreichischen Verfassung
- Der Wert der Demokratie als Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens

INHALTE DES THEMENBEREICHS GRUNDZÜGE DES ÖSTERREICHISCHEN VERFASSUNGSRECHTS

- Prinzipien
- Kompetenzartikel
- Stufenbau der Rechtsordnung

INHALTE DES THEMENBEREICHS GESETZGEBUNG DES BUNDES

- Organe der Gesetzgebung
- Weg der Bundesgesetzgebung
- Prinzipien des Wahlrechts

INHALTE DES THEMENBEREICHS DIE OBERSTEN VERWALTUNGSORGANE DES BUNDES

- Bundespräsident
- Bundesregierung und Bundesminister

INHALTE DES THEMENBEREICHS DIE LÄNDER

- Landtag
- Landesregierung
- Landeshauptmann

INHALTE DES THEMENBEREICHS DIE GEMEINDEN

- Rechtsstellung der Gemeinde
- Organe der Gemeinde
- Verwaltung durch die Gemeinde
- Besonderheiten der Bundeshauptstadt

INHALTE DES THEMENBEREICHS DIE GERICHTE DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

- Verfassungsgerichtshof
- Verwaltungsgerichtshof
- Verwaltungsgerichte

INHALTE DES THEMENBEREICHS EUROPÄISCHE UNION

- Geschichte
- Grundlagen
- Organe
- Rechtssatzformen

2.5 Verkehrsrecht

THEMENBEREICHE	STUNDENTAFEL	GESAMT
Straßenverkehrsordnung	75	
Kraftfahrgesetz	55	
Führerscheinggesetz	35	
Landesrechtliche Vorschriften mit verkehrspolizeilichem Bezug	11	
		176 UE

2.5.1 Lernziele – Straßenverkehrsordnung

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen wissen:

- welche Fahrregeln die Straßenverkehrsordnung 1960 (StVO) vorsieht;
- auf welche Art sie an der Einhaltung der StVO mitwirken müssen;
- welche rechtlichen Voraussetzungen für die Anordnungsbefugnis an einzelne Straßenbenützer ausschlaggebend sind;
- um die Bedeutung der Arm-, Licht- und Hilfszeichen Bescheid;
- die gesetzlichen Bestimmungen betreffend der vorgeschriebenen Adjustierung gem. § 97/6 StVO;
- welche Voraussetzungen für die Anwendung und Beendigung von Maßnahmen gem. § 44b StVO erforderlich sind;
- über Verkehrsunfälle und deren Besonderheiten Bescheid;
- das Prozedere hinsichtlich der Einhebung der Gebühr gem. § 4/5b StVO;
- welche Pflichten Beteiligte und Zeugen von Verkehrsunfällen haben;
- welche Vorschriften in Bezug auf das Lenken und Inbetriebnehmen von Fahrzeugen in Verbindung mit Alkohol sowie dessen Versuch gelten;
- unter welchen Voraussetzungen eine ärztlichen Untersuchung und Blutabnahme erfolgen darf;
- welche Zwangs- und Sicherungsmaßnahmen es nach der StVO gibt;
- über die bezughabenden Maßnahmen und Sonderbestimmungen hinsichtlich Alkohol im Sinne des Führerscheinggesetzes Bescheid;
- welche Rechte und Pflichten sie als Lenker bzw. Lenkerin von Einsatzfahrzeugen haben;
- was bei mangelnder körperlicher oder geistiger Eignung des Lenkers bzw. der Lenkerin von Fahrzeugen zu tun ist.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können:

- gesetzwidriges Verhalten von Verkehrsteilnehmern bzw. Verkehrsteilnehmerinnen erkennen, diese den Regelungen der StVO zuordnen und Übertretungen ahnden;
- die Notwendigkeit der Befugnisausübung erkennen und den Umfang der vorgesehenen Mitwirkung erklären;

- auf Basis des erlernten Wissens in der Straßenverkehrsordnung entsprechende Bewilligungen und Untersagungen erteilen sowie Berichte im Sinne des § 44b StVO verfassen;
- beurteilen, ob sich ein Straßenbenützer nach einem Verkehrsunfall ordnungsgemäß verhalten hat;
- die Zulässigkeit von Zwangsmaßnahmen entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen beurteilen und anwenden;
- die dienstlich zugewiesenen Atemalkoholmessgeräte (Alkomat und Alkohol-Vortest-Gerät) praktisch handhaben und zweckmäßig anwenden;
- besondere Bestimmungen für Kinder und Menschen mit Behinderung erklären.

INHALTE DES THEMENBEREICHS STRASSENVERKEHRSORDNUNG

- Fahrregeln der StVO
- Organe der Straßenaufsicht
- Regelung und Sicherung des Verkehrs
- Verkehrsunfälle
- Lenker von Fahrzeugen
- Besondere Sicherungsmaßnahmen gegen Beeinträchtigung durch Alkohol
- Einsatzfahrzeuge und Fahrzeuge im öffentlichen Dienst
- Allgemeine Vorschriften über den Fahrzeugverkehr
- Weisungsrecht und Zwangsmaßnahmen in der StVO
- Menschen mit Behinderungen
- Kinder

Schnittschnelle zum Amtshandlungsportfolio modulares Kompetenztraining Modul „Verkehrsanhaltung“

§ 97/5 StVO - Schulung bis zum 6. Monat der Ausbildung

2.5.2 Lernziele – Kraftfahrgesetz

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wissen:

- in welchen Bereichen das Kraftfahrgesetz 1967 (KFG) anzuwenden ist;
- wie die Kraftfahrzeuge und Anhänger im Sinne des KFG eingeteilt werden;
- welche Vorschriften für eine gesetzmäßige Bereifung gelten;
- über die allgemeinen Voraussetzungen für eine verkehrs- und betriebssichere Bauart und Ausrüstung sowie die wesentlichsten Abmessungen und Gewichte Bescheid;
- unter welchen Voraussetzungen die Zulassungen zum Verkehr erfolgen;
- welche unterschiedlichen Kennzeichenarten es gibt und wie diese beschaffen sein müssen;
- welche Bestimmungen für Probe- und Überstellungsfahrten ausschlaggebend sind;

- welche Vorschriften für eine Überprüfung an Ort und Stelle und für eine besondere Überprüfung bei Verdacht auf mangelnde Verkehrs- und Betriebssicherheit von Bedeutung sind;
- unter welchen Voraussetzungen ausländische Kraftfahrzeuge in Österreich verwendet werden dürfen;
- welche Regeln für die Verwendung von Kraftfahrzeugen mit einer Bauartgeschwindigkeit von nicht mehr als 10 km/h gelten;
- wann welche Beleuchtung zu verwenden ist;
- welche wesentlichen Bestimmungen es im Hinblick auf die Beladung gibt;
- Bescheid über die unterschiedlichen Höchstgeschwindigkeitsgrenzen;
- welche Pflichten der Lenker bzw. die Lenkerin und die Zulassungsbesitzerin bzw. der Zulassungsbesitzer eines Fahrzeuges haben;
- über die Bestimmungen hinsichtlich der Personenbeförderung und des Abschleppens von Kfz Bescheid;
- wann ein Rechtsanspruch auf Bezahlung eines Organmandates besteht;
- Bescheid über die Regelungen der Sicherheitsleistung und allfällige Zwangsmaßnahmen;
- welche Strafbestimmungen das Kraftfahrgesetz vorsieht.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen können:

- gesetzwidriges Verhalten der Verkehrsteilnehmer und Verkehrsteilnehmerinnen ahnden;
- bei einer Verkehrskontrolle das angehaltene Kfz oder den Anhänger begrifflich zuordnen;
- die erforderlichen Voraussetzungen für die Verwendungen eines Kfz oder Anhängers auf Straßen mit öffentlichen Verkehr bei einer Kontrolle überprüfen;
- Informationen darüber geben, wie beim Verlust von Kennzeichen vorzugehen ist;
- verschiedene Arten von Mängeln bei Fahrzeugen definieren;
- bei einem Verkehrsunfall mit ausländischen Kfz ordnungsgemäß einschreiten;
- Auskunft über die Meldepflicht an die Finanzpolizei und den Verband der Versicherungsunternehmen geben;
- Sicherheitsleistungen einheben und Zwangsmaßnahmen durchführen.

INHALTE DES THEMENBEREICHS KRAFTFAHRGESETZ

- Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen
- Bauart und Ausrüstung der Kraftfahrzeuge und Anhänger
- Zulassung zum Verkehr, Probe- und Überstellungsfahrten, Kennzeichen der Kraftfahrzeuge und Anhänger
- Überprüfung und Begutachtung der Kraftfahrzeuge und Anhänger
- Haftpflichtversicherungen für Kraftfahrzeuge und Anhänger

- Internationaler Kraftfahrverkehr
- Sondervorschriften für einzelne Arten von Kraftfahrzeugen und Anhänger
- Verkehr mit Kraftfahrzeugen und Anhängern und Pflichten des Kfz-Lenkers und des Zulassungsbesitzers
- Strafbestimmungen

2.5.3 Lernziele – Führerscheinggesetz

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wissen:

- unter welchen Voraussetzungen die Bestimmungen des Führerscheinggesetzes 1997 (FSG) Anwendung finden;
- welche Ausnahmen das FSG kennt;
- über die Gleichstellung der Lenkberechtigung innerhalb der EWR-Staaten Bescheid;
- wann ein Führerschein ungültig ist;
- unter welchen Umständen die Verkehrszuverlässigkeit in Frage gestellt werden muss;
- welche Eintragungen, Einschränkungen und Befristungen im Führerschein wesentlich sind;
- um die Möglichkeiten der Einleitung eines behördlichen Entzugsverfahrens Bescheid;
- welche Delikte einen schweren Verstoß nach dem Führerscheinggesetz darstellen;
- welche Vormerkdelikte es gibt;
- wann die Bestimmungen über den Probeführerschein Anwendung finden;
- welche Anforderungen an den internationalen Führerschein gestellt werden;
- wann und unter welchen Voraussetzungen Zwangsmaßnahmen nach dem FSG zu setzen sind.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen können:

- gesetzwidriges Verhalten der Verkehrsteilnehmer erkennen und entsprechend ahnden;
- unterscheiden, ob ein Dokument nach dem FSG gültig oder ungültig ist;
- feststellen, ob ein Lenker/eine Lenkerin die für das betreffende Fahrzeug erforderliche Lenkberechtigung besitzt;
- beurteilen, ob eine Lenkerin/ein Lenker mit Probeführerschein den Einschränkungen nach dem FSG unterliegt.

INHALTE DES THEMENBEREICHS FÜHRERSCHINGESETZ

- Allgemeines zum FSG
- Lenkberechtigungen und Führerscheine
- Verkehrszuverlässigkeit

- Probeführerschein und Vormerksystem
- Ausländische Lenkberechtigungen
- Maßnahmen nach dem FSG

Überblickswissen

- Unterschiedliche Formen gültiger nationaler Führerscheine; Zahlencodes (§ 2 FSG-DV); Delikte, die eine Verkehrsunzuverlässigkeit auslösen können; Abgrenzung zu EWR- Lenkberechtigungen

2.5.4 Lernziele – landesrechtliche Vorschriften

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen wissen:

- welche landesrechtlichen Vorschriften mit verkehrspolizeilichem Bezug im jeweiligen Bundesland Bedeutung für das polizeiliche Einschreiten haben.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können:

- gesetzwidriges Verhalten von Verkehrsteilnehmern bzw. Verkehrsteilnehmerinnen hinsichtlich landesrechtlicher Vorschriften erkennen, Übertretungen zuordnen und diese ahnden.

INHALTE DES THEMENBEREICHS LANDESRECHTLICHE VORSCHRIFTEN MIT VERKEHRSRECHTLICHEM BEZUG

- Landesrechtliche Vorschriften mit verkehrspolizeilichem Bezug

2.6 Verwaltungsrecht

THEMENBEREICHE	STUNDENTAFEL	GESAMT
Einführung	5	
Formelles Verwaltungsrecht	25	
Grundsätzliche und regionale Schwerpunkte des materiellen Verwaltungsrechts	30	
Fremdenrecht	40	
Waffenrecht	30	
Sonstige spezifische Schwerpunkte des materiellen Verwaltungsrechts	30	
		160 UE

2.6.1 Lernziele

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen wissen:

- welche Bedeutung das Verwaltungsrecht im Rahmen des öffentlichen Rechts hat;
- den Regelungsumfang des formellen und materiellen Verwaltungsrechts;
- welche Bedeutung bestimmte Begriffsbestimmungen haben;
- über die Rechtspflichten der Normadressaten Bescheid;
- welche Bedeutung Strafbestimmungen im Verwaltungsrecht haben;
- welche Mitwirkungsbestimmungen es zu beachten gibt;
- welche Bedeutung generelle und spezielle Befugnisse haben.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können:

- einen Bezug zu verwaltungsrechtlichen Inhalten herstellen;
- formelle Verwaltungsbestimmungen anwenden, die beim Vollzug des materiellen Verwaltungsrechts erforderlich sind;
- Sachverhalte den jeweiligen Tatbildern zuordnen;
- Sachverhalte den zuständigen Behörden anzeigen;
- generelle und spezielle Befugnisse, die für den polizeilichen Vollzug relevant sind, erkennen und anwenden.

INHALTE DES THEMENBEREICHS EINFÜHRUNG

- Verwaltungsrechtliche Grundprinzipien und Grundbegriffe
- Einteilung des Verwaltungsrechts
- Inkrafttreten des Verwaltungsrechts
- Verwaltungsbehörden und Organe der Verwaltungsbehörden
- Mitwirkung der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes

INHALTE DES THEMENBEREICHS FORMELLES VERWALTUNGSRECHT

- Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen
- Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz

- Verwaltungsstrafgesetz
- Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz
- Verwaltungsvollstreckungsgesetz
- Zustellgesetz

INHALTE DES THEMENBEREICHS GRUNDSÄTZLICHE UND REGIONALE SCHWERPUNKTE DES MATERIELLEN VERWALTUNGSRECHTS

- Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen (Verwaltungsübertretungen)
- Abzeichengesetz
- Symbolegesetz
- Sicherheitspolizeigesetz (Verwaltungsübertretungen)
- Meldegesetz
- Passgesetz
- Landesgesetze unter Berücksichtigung regionaler Bedürfnisse

Schnittstelle zum Amtshandlungsportfolio modulares Kompetenztraining Modul „Lärmerregung“

Landesrechtliche Bestimmungen – Schulung bis zum 11. Monat der Ausbildung

INHALTE DES THEMENBEREICHS FREMDENRECHT

- BFA-Einrichtungsgesetz und BFA-Verfahrensgesetz
- Fremdenpolizeigesetz
- Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz
- Asylgesetz
- Grenzkontrollgesetz
- Schengener Durchführungsübereinkommen mit Schengener Grenzkodex, Visakodex und Freizügigkeitsrichtlinie
- Ausländerbeschäftigungsgesetz

INHALTE DES THEMENBEREICHS WAFFENRECHT

- Waffengesetz
- Kriegsmaterialgesetz
- Pyrotechnikgesetz
- Sprengmittelgesetz

INHALTE DES THEMENBEREICHS SONSTIGE SPEZIFISCHE SCHWERPUNKTE DES MATERIELLEN VERWALTUNGSRECHTS

- Versammlungsgesetz
- Gewerbeordnung
- Forstgesetz
- Abfallwirtschaftsgesetz
- Bundestierschutzgesetz
- Weitere Gesetze unter Berücksichtigung regionaler Bedürfnisse

2.7 Kriminalistik

THEMENBEREICHE	STUNDENTAFEL	GESAMT
Kriminologie	5	164 UE
Einführung in die Kriminalistik	10	
Einführung in die Tatortarbeit	27	
Kriminalpolizeiliche Ermittlungen	62	
Kriminalpolizeiliche Vernehmungen	10	
Personenverifizierung	24	
Kriminalpolizeiliche Fahndung	12	
Kriminalpolizeiliche Berichterstattung	3	
Kriminalprävention	3	
Staatsschutz	4	
Verhalten vor Gericht	4	

2.7.1 Lernziele

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen **wissen:**

- die Begriffe Kriminologie und Kriminalistik zu unterscheiden und wie beide Fachgebiete sich bedingen bzw. ergänzen
- wie Kriminalität entsteht und kennen die dazu notwendigen Forschungszweige der Kriminologie
- über die kriminalistischen Phänomene von Cybercrime und Hatecrime (Definition, Auswirkungen und Vorurteilsindikatoren) Bescheid
- wie die Kriminalpolizei von relevanten Sachverhalten Kenntnis erlangen kann
- wie anonyme Anzeigen, Mitteilungen und Drohungen zu behandeln sind
- wie sich ein „Erster Angriff“ und die weiterführenden kriminalpolizeilichen Ermittlungen nach kriminalstrategischen und -taktischen Gesichtspunkten gestalten
- wie sich kriminalpolizeiliche Ermittlungen und insbesondere die Vernehmung im Bereich Cybercrime bzw. Hatecrime von herkömmlichen Ermittlungen/Vernehmungen unterscheiden
- über die Zuständigkeiten und den Tätigkeitsbereich des Erkennungsdienstes, der Tatortbearbeitung und der Kriminalpolizeilichen Untersuchung zu unterscheiden
- was unter Tatortarbeit zu verstehen ist und wie sich das richtige Verhalten am Tatort auf die rechtmäßige Beweissicherung auswirkt
- was unter einem Indiz und dem Beweis zu verstehen ist und wie sich diese voneinander unterscheiden
- was unter einer rechtmäßigen und ausreichend dokumentierten Beweissicherung zu verstehen ist

- wie sich in den Fällen von Cybercrime und Hatecrime die Beweissicherung gestaltet bzw. die korrekte Sicherstellung von Hardware durchzuführen ist
- über die Erkennbarkeit von Leichenerscheinungen als sichere Zeichen des Todes bzw. wissen über die Wichtigkeit der Leichenbeschau bzw. den Unterschied zu einer gerichts-medizinischen Obduktion
- über spezielle Deliktsformen, Fälschungsmethoden und deren kriminalpolizeiliche Bekämpfung bescheid
- wie Vernehmungen unter strategischen und taktischen Gesichtspunkten vorzubereiten und durchzuführen sind und wissen die bezughabenden rechtlichen Bestimmungen anzuwenden
- kriminalpolizeiliche von verwaltungspolizeilichen Vernehmungen zu unterscheiden
- für das Verfahren wichtige Unterschiede in den Vernehmungen und den Belehrungen zu beachten (z.B. bei Kindern, Jugendlichen, Aussageverbote, Opfer von Sexualdelikten usw.)
- über die Möglichkeiten und die Bedeutung der Fahndung im polizeilichen Kontext
- welche Aufgabenbereiche die Organisationseinheiten Sirene, Europol und Interpol haben und wie ihr Zuständigkeitsbereich innerhalb der Fahndungsthematik definiert ist
- die Berichte im Sinne der Berichterstattungspflicht zu verfassen bzw. diese auch den jeweilig zuständigen Adressaten zuzuordnen
- über die Wichtigkeit der Kriminalstatistik, der Dateneingabe und deren Auswirkungen auf den Sicherheitsmonitor bescheid
- die Präventionsbereiche zu definieren und mit „Gemeinsam sicher“ zu verknüpfen
- was unter Staatsschutz, Extremismus und Terrorismus zu verstehen ist
- wie man sich im Zuge einer Zeugenladung zu verhalten und zu beachten hat
- über die Applikationen in Intranet und die rechtlichen Zugangsvoraussetzungen Bescheid

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können:

- kriminalpolizeiliche Amtshandlungen fachlich und sozial kompetent führen
- die thematischen Inhalte der Kriminologie und Kriminalistik unterscheiden und die Forschungsergebnisse der Kriminologie für die kriminalistische Fallbearbeitung nutzen
- die Grundsätze des „Ersten Angriffs“ bei Kenntniserlangung einer Straftat umsetzen
- kriminaltaktische und kriminalstrategische Entscheidungen im Zusammenhang mit Ermittlungen zu den unterschiedlichen kriminalphänomenologischen Erscheinungen treffen
- die Grundsätze der Tatortarbeit anwenden und eine effiziente Spurensicherung durchführen

- die Spuren am Tatort nach den Vorgaben des Tatortleitfaden suchen, finden, sichern, vorselektieren und der zuständigen Organisationseinheit zur Auswertung zuordnen
- Cyber- und Hatecrimedeliktsfelder erkennen und Erstmaßnahmen setzen
- mit Hardware im Zuge der Sicherstellung korrekt umgehen
- kriminalpolizeiliche und verwaltungspolizeiliche Vernehmungen führen
- falsche bzw. gefälschte Dokumente erkennen
- aktiv und passiv nach Personen und Sachen fahnden und mit den fachspezifischen Applikationen umgehen
- Daten für die Kriminalstatistik richtig protokollieren und die Auswertungen der Statistik im Sicherheitsmonitor kriminalstrategisch richtig deuten.
- Berichte gemäß der Berichterstattungsvorschrift verfassen und den richtigen Adressaten zuordnen, bzw. Beherrschung der entsprechenden Applikationen
- den Bürger im Sinne der präventiven Kriminalitätsbekämpfung beraten bzw. einer Beratung zuführen
- Extremismus und Terrorismus, gleich welcher Orientierung, erkennen, beobachten, berichten und falls notwendig, Erstmaßnahmen setzen

INHALTE DES THEMENBEREICHS KRIMINOLOGIE

- Basiswissen Kriminologie
- Forschungsbereiche der Kriminologie
- Entstehung von Kriminalität
- Erscheinungsformen von Kriminalität
- Hellfeld / Dunkelfeld

INHALTE DES THEMENBEREICHS EINFÜHRUNG IN DIE KRIMINALISTIK

- Basiswissen zu Kriminalistik, Kriminaltaktik und Kriminalstrategie
- Unterschied zwischen Fiktion und Wirklichkeit (TV, Kino usw.)
- mögliche Formen der Kenntniserlangung einer Straftat (Umgang mit anonymen Anzeigen)
- „Erster Angriff“ nach Kenntniserlangung einer Straftat
- Ermittlung bzw. Ermittlungsverlauf von der Kenntniserlangung bis zum Abschlussbericht
- direkter und indirekter Beweise

INHALTE DES THEMENBEREICHS EINFÜHRUNG IN DIE TATORTARBEIT

- richtige Annäherung an einen Tatort
- Verhalten am Tatort
- Spurenkunde (Suchen, Finden, Sichern) und Spurenschutz
- Tätigkeitsbereiche der Assistenzbereiche Tatort, KPU und Erkennungsdienst
- Sinn und Zweck der Police Elimination Datei (PED)

- Berichtserstattungsvorschrift im Hinblick auf die Tatortarbeit
- Errichtung und Servicerung von Diebsfallen
- Erkennungsdienstliche Behandlung, Daktyloskopie (AFIS, EURODAC)

Anmerkung:

**Schnittstelle zum Amtshandlungsportfolio modulares Kompetenztraining
Modul „Vermögensdelikt“:**

Spurenerkennung und Spurenschutz – Schulung bis zum 7. Monat der Ausbildung

INHALTE DES THEMENBEREICHS KRIMINALPOLIZEILICHE ERMITTLUNGEN

- Kriminalität gegen Leib und Leben
- Todesfallermittlung und Wesen der gerichtsmedizinischen Obduktion bzw. der Leichenbeschau
- Theoretisches Wissen zu den Leichenerscheinungen, Verletzungsspuren und der DNS
- Eigentumskriminalität
- Sittlichkeitskriminalität
- Betrugs-kriminalität
- Wirtschaftskriminalität
- Brand- und Explosionsdelikte
- Umweltkriminalität
- Cybercrime und Hatecrime, insbesondere die entsprechende Datensicherung
- Organisierte Kriminalität
- KFZ-Diebstahl bzw. KFZ Verschiebung
- Suchtmittel- und Dopingkriminalität
- Illegale Migration, Menschenhandel, Schlepperei
- Kriminalfotografie in Theorie und Praxis

In den Bereichen Wirtschaftskriminalität, Umweltkriminalität, Organisierte Kriminalität und Brand- bzw. Explosionsdelikte werden nur Grundzüge vermittelt.

Im Bereich Cybercrime werden sowohl Erscheinungsformen als auch die notwendigen Erstmaßnahmen bei der Sicherstellung von Hardware vermittelt. Bei Hatecrime liegen die Schwerpunkte im Bereich der Vernehmung, Ausforschungsmöglichkeiten des Täters und der weiterführenden Ermittlungen.

INHALTE DES THEMENBEREICHS KRIMINALPOLIZEILICHE VERNEHMUNG

- Unterschied zwischen kriminalpolizeilicher und verwaltungspolizeilicher Vernehmung
- Grundsätze der Vernehmungsstrategie, -taktik und -technik
- Aufbau und notwendiger thematischer Inhalt einer Vernehmung

- Sonderformen der Vernehmung (Kinder, Jugendliche, Opfer nach Sexualdelikten usw.)
- Eigensicherung
- Grundsätze der verbalen und nonverbalen Kommunikation

INHALTE DES THEMENBEREICHS PERSONENVERIFIZIERUNG – SICHERHEIT VON DOKUMENTEN – PERSONENVERIFIZIERUNG

- Fälschungsmethoden von Dokumenten
- Erkennungsmöglichkeiten von gefälschten Dokumenten
- Vorgangsweise bei der Überprüfung von Dokumenten
- Aufgabenbereich der KPU, Dokumentenberater und Dokumententrainer
- Möglichkeiten der Applikation „ARGUS“ bei der Dokumentenkontrolle
- Identitätsvergleich zwischen einem Dokument und dessen Inhaber
- Möglichkeiten der Personenverifizierung durch sonstige interne Applikationen

INHALTE DES THEMENBEREICHS KRIMINALPOLIZEILICHE FAHNDUNG

- Wesen und Zweck der Fahndung
- rechtliche Grundlagen, insbesondere SPG und GFI
- Fahndungsmöglichkeiten für Personen- und Sachenfahndung
- Verhalten bei Sofort-, Groß- und Alarmfahndung
- Aufgaben und Möglichkeiten der Organisationseinheiten Sirene, Europol und Interpol im Hinblick auf internationale Fahndungen
- Aufgaben und Rolle der Justiz im Bereich der Fahndung

Schnittstelle zum Amtshandlungsportfolio modulares Kompetenztraining Modul „Körperverletzung“

Personenanfragen (gesetzliche Grundlagen) - Schulung bis zum 9. Monat der Ausbildung.

INHALTE DES THEMENBEREICHS KRIMINALPOLIZEILICHE BERICHTERSTATTUNG

- Hintergrund zum Sicherheitsmonitor
- Sinn und Zweck der unterschiedlichen kriminalpolizeilichen Statistiken und der Berichterstattung
- Erarbeitung der Berichtserstattungsvorschrift (Anlass, Verfassung und Adressaten)

INHALTE DES THEMENBEREICHS KRIMINALPRÄVENTION

- Aufgaben der Kriminalprävention
- Organisation des kriminalpolizeilichen Beratungsdienstes
- Vermittlung von Möglichkeiten zur Eigeninitiative für Bürgerinnen und Bürger

INHALTE DES THEMENBEREICHS STAATSSCHUTZ

- Aufgaben des Staatsschutzes

- Organisation des Staatsschutzes
- Grundlagen des Themenbereichs Extremismus
- Grundlagen des Themenbereichs Terrorismus
- Grundlagen der Radikalisierungsprävention

INHALTE DES THEMENBEREICHS VERHALTEN VOR GERICHT

THEMENBEREICHE	STUNDENTAFEL	GESAMT
Einführung	16	150 UE
Persönliche Meldung	16	
PAD NG	13	
Beschleunigtes Aufnahmeverfahren	2	
Verkehrsunfälle	18	
Kriminalpolizeilicher Schriftverkehr	40	
Aktenvermerke, Meldungen und Berichte	20	
Vertiefender Schriftverkehr	25	

- Verhalten bei Ladungen zu Gericht oder einer Verwaltungsbehörde
- Rolle aller Beteiligten im Verfahren

2.8 Bürokommunikation

2.8.1 Lernziele

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen wissen:

- welche Bürokommunikationsmittel in der Exekutive Verwendung finden;
- welche Applikationen im exekutiven Außendienst zur Verfügung stehen;
- um die Wichtigkeit der Einhaltung des Datenschutzes Bescheid;
- wie Formvorschriften anzuwenden sind;
- über die Besonderheiten des kriminalpolizeilichen Schriftverkehrs Bescheid.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können:

- die zur Verfügung stehenden EDV-Systeme nützen bzw. anwenden;
- die jeweilige polizeiliche Aufgabenstellung den entsprechenden Applikationen zur Bearbeitung zuordnen;
- persönliche Meldungen unter Einhaltung der Formvorschriften verfassen;
- kriminalpolizeiliche von verwaltungspolizeilichen Akten unterscheiden und diese in den jeweiligen Applikationen erfassen und bearbeiten;
- eigenständig die gängigsten Formulare und Protokolle befüllen;
- mit den zur Verfügung stehenden Web-unterstützten Statistiken umgehen und diese zur Aufgabenerfüllung verwenden.

INHALTE DES THEMENBEREICHS EINFÜHRUNG

- Grundzüge der Kanzleiordnung

- Erläuterung und Vorstellung der zur Verfügung stehenden Applikationen (BAKS, Intranet, BMI-Webanwendungen, PAD, .MPK, IAP, ePEP,ESS, RIS, IVS, ...)
- BAKS, Richtlinien
- Passwortkriterien – Benutzersperre
- BAKS, Ersteinstieg
- IKT-Erlass – Datenschutzrichtlinien

INHALTE DES THEMENBEREICHS .MPK

- Einführung in die Applikationen (MPK Abfragen, MPK Foto, MPK Messenger, weitere Apps)

INHALTE DES THEMENBEREICHS PERSÖNLICHE MELDUNG

- Ansuchen
- Einrichtung der Grunddaten (Benutzerprofil); Kopfstempel
- Aktstatus
- Meldepflichten des BDG
- Bestätigungen

INHALTE DES THEMENBEREICHS PAD

- Einführung in die Applikation
- Erstellung von Verwaltungsanzeigen
- Übertretungen nach der StVO, dem KFG und dem FSG
- § 5 StVO

INHALTE DES THEMENBEREICHS BESCHLEUNIGTES AUFNAHMEVERFAHREN

- Beschleunigtes Aufnahmeverfahren
- Soforterledigungsformular (SEF)

Schnittstelle zum Amtshandlungsportfolio modulares Kompetenztraining Modul „Vermögensdelikt“

Schulung bis zum 7. Monat der Ausbildung

INHALTE DES THEMENBEREICHS VERKEHRSUNFÄLLE

- VU-Sachschaden
- VU-Personenschaden

INHALTE DES THEMENBEREICHS KRIMINALPOLIZEILICHER SCHRIFTVERKEHR

- Amtsvermerk
- Personalblatt
- Ladung
- Vernehmung
- Einfügen von Dokumenten in die Applikation

- Abschlussbericht
- Anhalteprotokoll
- Festnahmebestätigung
- Sicherstellungsprotokoll
- Kriminalpolizeilicher Aktenindex (KPA)
- Sicherheitsmonitor (SIMO) – Kriminalstatistik
- Elektronischer Rechtsverkehr (ERV – Versand)

Schnittstelle zum Amtshandlungsportfolio modulares Kompetenztraining

Modul „Körperverletzung“

Schulung bis zum 9. Monat der Ausbildung

INHALTE DES THEMENBEREICHS AKTENVERMERKE – MELDUNGEN – BERICHTE

- EAH, Berichte, Akte der Bezirksverwaltungsbehörden
- Wegweisung und Betretungsverbot

Schnittstelle zum Amtshandlungsportfolio modulares Kompetenztraining

Modul „§ 38a SPG“

Schulung bis zum 2. Ausbildungsabschnitt

INHALTE DES THEMENBEREICHS VERTIEFENDER SCHRIFTVERKEHR

- Vertiefende Bearbeitung von Aktenvermerken, Meldungen und Berichten
- Grundlagen zur systematischen Erfassung von Vorurteilsmotiven bei Straftaten, PAD Datenerfassung und Bearbeitung zu den Lehrinhalten von „Hate Crime“
- Aufarbeiten von Erfahrungen aus dem Berufspraktikum I

Schnittstelle zum Ausbildungsmodul „Themenzentrierter Unterricht“

Der Themenbereich „Verschriftlichung der Amtshandlungen aus dem modularen Kompetenztraining“ obliegt grundsätzlich den Lehrkräften des Ausbildungsmoduls „Bürokommunikation“.

3

Situationsadäquate
Handlungskompetenzen
sowie
Wahrnehmungs- und
Reflexionskompetenzen

3.1 Modulares Kompetenztraining

THEMENBEREICHE	STUNDENTAFEL	GESAMT
Modul Erste Allgemeine Hilfeleistung	16	160 UE
Modul Verkehrsanhaltung	16	
Modul Vermögensdelikt	16	
Modul Vertiefung/Wiederholung	16	
Modul Körperverletzung	16	
Modul Vertiefung/Wiederholung	16	
Modul Abschnittsprüfung	16	
Modul Lärmerregung	16	
Modul Vertiefung/Wiederholung	16	
Modul Gewalt in der Privatsphäre	16	

3.1.1 Lernziele

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wissen:

- wie man fachspezifische Wissens Elemente miteinander verknüpft. Bereits vor der Durchführung des modularen Kompetenztrainings besitzen sie die jeweilig notwendigen theoretischen Grundlagen. Auf das vorausgesetzte Wissen wird im Ausbildungsplan im jeweiligen Ausbildungsmodul gesondert verwiesen.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen können:

- durch das Einnehmen verschiedener Rollen (Exekutivbedienstete, Partei, Beobachterin/Beobachter) ein Rollenbewusstsein entwickeln;
- durch das Einnehmen von unterschiedlichen Perspektiven (Rollen) die Fähigkeit erlernen, die Sichtweise anderer Menschen zu erschließen;
- durch das Beobachten, Protokollieren, Rückmelden und Aufarbeiten des eigenen Verhaltens und des Verhaltens anderer, die Fertigkeit, konstruktives Feedback zu geben bzw. erhaltenes Feedback anzunehmen und zu verarbeiten, erlernen;
- Selbst- bzw. Gruppenreflexionen durch strukturiertes Aufarbeiten der Situationen durchführen;
- das menschenrechtliche Fallanalyseschema auf den jeweiligen Sachverhalt anwenden.

INHALTE DER THEMENBEREICHE

Diese sind dem Trainingshandbuch für das modulare Kompetenztraining zu entnehmen.

Gemäß der Modulbeschreibung des Amtshandlungsportfolios (siehe Tabelle) sind je Moduleinheit folgende Programmschwerpunkte verankert:

- 4 Unterrichtseinheiten zur Vor- bzw. Nachbereitung im Plenum

- 8 Unterrichtseinheiten für das Training sowie die anschließende Feedbackrunde und Reflexionsphase
- 4 Unterrichtseinheiten für die Aufarbeitung in den Trainingsgruppen

3.2 Einsatztraining

THEMENBEREICHE	STUNDENTAFEL	GESAMT
Schieß- und Waffentechnik	148	424 UE
Einsatztaktik, Einsatztechniken und Interaktives Training	148	
Kleiner sicherheitspolizeilicher Ordnungsdienst	40	
Großer sicherheitspolizeilicher Ordnungsdienst	40	
Sonderlagen	24	
Fahrtechnik	24	

3.2.1 Lernziele – Schieß- und Waffentechnik

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen **wissen**:

- welche besondere Verantwortung sie als Waffenträger haben;
- wie Dienstwaffen zu handhaben sind;
- welche Waffenhaltungen es gibt;
- über die Technik der Dienstwaffen Bescheid;
- Bescheid über die Sicherheitsbestimmungen in den Schießanlagen;
- welche Grundsätze es bei der Sicherheit und Handhabung von Waffen gibt;
- welche Dienstwaffen und Einsatzmittel zur Verfügung stehen;
- welche Fremd- und Sonderwaffen es gibt und wie diese funktionieren;
- wie die Dienstwaffen funktionieren und wie Störungen behoben werden können;
- wie die Wartung und die Reinigung der Dienstwaffen funktioniert.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer **können**:

- Dienstwaffen handhaben und die erforderlichen Schießlimits 1 bis 3 erreichen;
- mit den Dienstwaffen und Einsatzmitteln sicher und professionell umgehen;
- Schüsse aus variablen Positionen abgeben;
- gezielt und kontrolliert schießen;
- auch mit angelegter Schutzausrüstung ihre Waffen sicher handhaben;
- auch in Belastungssituationen ihre Einsatzmittel sicher bedienen.

INHALTE DES THEMENBEREICHS SCHIESS- UND WAFFENTECHNIK

Dienstpistole Glock 17

- Waffenhandhabung
- Schießtechniken
- Magazinwechsel
- Taktische Grundhaltungen mit der Waffe
- Verhalten bei Störungen/Hemmungen

- Schießen aus der Deckung
- Waffentechnik Glock
- Schießen in Verbindung mit Lichtquellen
- Schießtestlimits 1 bis 3

Pfefferspray MK

- Einsatztaktische Vorgaben
- Charakteristik
- Wirksamkeit
- Praktische Anwendung
- Taktische Grundhaltungen mit dem Pfefferspray
- Androhung des Pfeffersprayeinsatzes
- Zielerfassung und eigentlicher Sprühvorgang
- Erste-Hilfe-Maßnahmen
- Positionelle Asphyxie

StG 77/MP 88

- Waffenhandhabung
- Schießtechniken
- Magazinwechsel
- Taktische Grundhaltungen mit der Waffe
- Verhalten bei Störungen/Hemmungen
- Schießen aus der Deckung
- Waffentechnik

Ballistik

- Innenballistik
- Außenballistik
- Zielballistik
- Wundballistik
- Ballistische Schutzausrüstung

3.2.2 LERNZIELE – EINSATZTAKTIK, EINSATZTECHNIKEN UND INTERAKTIVES TRAINING

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen wissen:

- - dass die Anwendung bestimmter Verhaltensmuster unter Einbindung aller Maßnahmen zur Eigensicherung zu einer sicheren, verhältnismäßigen und erfolgreichen Bewältigung von exekutiven Aufgaben beitragen kann;
- wie man die zur Verfügung stehenden Einsatzmittel einsetzen kann;
- wie sie Waffen einsatztaktisch handhaben können;
- wie sie Zwangsbefugnisse mit physischen Mitteln durchsetzen können;
- wie sie Körperkraft anwenden dürfen;
- wie man Handfesseln ordnungsgemäß anlegt;

- wie sie sich und ihr Gegenüber beim Einsatz von Körperkraft bestmöglich schützen;
- dass sie durch die gelernten Verhaltensmuster auch in Stresssituationen die an sie gestellten Aufgaben professionell bearbeiten können;
- dass auch im Einsatzstress ein menschenrechtskonformes Handeln gewährleistet sein muss;
- welche Gefahrensignale es gibt;
- dass die Sprechweise am Funk entscheidend für die Qualität der Verständigung ist;
- wie man nach der Polizeifunkordnung richtig buchstabiert;
- wie sie sich funkmäßig im Alarmfall zu verhalten haben.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können:

- exekutive Aufgaben verhältnismäßig, sicher und erfolgreich bewältigen;
- nach den Grundsätzen der Eigensicherung einschreiten;
- die verschiedensten Techniken situationsgemäß anwenden;
- aktiven oder passiven Widerstand abwehren, überwinden und kontrollieren;
- exekutive Aufgaben auch in Stresslagen unter Wahrung der Menschenwürde bewältigen;
- nach den Grundsätzen der Eigensicherung einschreiten;
- sich selbst für Gefahrensignale sensibilisieren;
- das Verhältnismäßigkeitsprinzip auch in Stresssituationen wahren;
- verstehen, dass die Verwendung des zugewiesenen Funkgerätes (ISSI-Nr.) Leben retten kann.

INHALTE DES THEMENBEREICHS EINSATZTAKTIK, EINSATZTECHNIKEN UND INTERAKTIVES TRAINING

Eigensicherung

- Grundsätze
- Gefahrenradar
- Situationskontrolle
- Umgebungskontrolle
- Kontrollierte Nahdistanz zum Partner
- Distanz zum Gegenüber
- Einsatz von technischen Hilfsmitteln
- Zusammenarbeit
- Besondere Gefahren

Verhalten, Auftreten und Einschreiten

- Personenkontrolle
- Festnahmen
- Verhalten in Stiegenhäusern und Räumen

- Kfz-Anhaltungen
- Gelände- und Objektannäherung
- Diensthunde
- Zielorientiertes Vorgehen
- Täteransprache
- Alarm- und Großfahndungen
- Objektsicherung
- Grenzkontrolle und AGM-Streifen

Einsatztechniken

- Fallschule
- Schutzstellungen
- Befreiungstechniken
- Blocktechniken
- Arm- und Beintechniken
- Hebeltechniken
- Transporttechniken

Anlegen von Fesseln

- Anlegen von Handfesseln und Fußfesseln
- Anlegen von Einwegfesseln

Interaktives Training

- Selbstwahrnehmung
- Umgebungskontrolle
- Eigensicherung
- Einsatztaktik
- Motorik
- Waffenhandhabung
- Täteransprache
- Teamverhalten
- Aufgabenerfüllung
- Rechtmäßigkeit
- Reflexion
- Szenarientraining
- Funkausbildung:
- Funkordnung inkl. österreichischer Buchstabiartabelle
- Funkgerätehandhabung

Schnittstelle zum Amtshandlungsportfolio modulares Kompetenztraining

Modul „Erste allgemeine Hilfeleistung“

Schulung bis zum 5. Monat der Ausbildung

Modul „Verkehrsanhaltung“:

Schulung bis zum 6. Monat der Ausbildung

Modul „Vermögensdelikt“:

Schulung bis zum 7. Monat der Ausbildung

Modul „Körperverletzung“:

Schulung bis zum 9. Monat der Ausbildung

Modul „Lärmerregung“:

Schulung bis zum 11. Monat der Ausbildung

Modul „§ 38a SPG“

Schulung im 2. Ausbildungsabschnitt

3.2.3 Lernziele – Kleiner sicherheitspolizeilicher Ordnungsdienst (KSDO)

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen wissen:

- wie wichtig das geordnete Auftreten von Einsatzkräften ist;
- welche Bedeutung und praktische Relevanz die wichtigsten taktischen Begriffe und Zeichen im sicherheitspolizeilichen Ordnungsdienst haben;
- wie man in der Gruppe und auf engem Raum arbeitet;
- welche Taktik bei der Arbeit an einem Tretgitter notwendig ist;
- wie Fahrzeugkontrollpunkte aufgebaut werden;
- Bescheid über die wichtigsten praktischen Anwendungsfälle für den KSOD.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können:

- sich in der Gruppe geordnet und sicher bewegen;
- exekutive Aufgaben auch auf engem Raum unter größtmöglicher Sicherheit bewältigen;
- die Bedeutung von einsatztaktischen Zeichen erkennen und diese umsetzen;
- Tretgitter unter Beachtung der Eigensicherung überwinden sowie sämtliche taktische Einsatzmöglichkeiten nützen.

INHALTE DES THEMENBEREICHS KLEINER SICHERHEITSPOLIZEILICHER ORDNUNGSDIENST

Taktische Grundbegriffe

- Abdrängen
- Arten der Absperrung
- Abströmen
- Aufklärung
- Bereitstellen
- Blockade

- Entfalten
- Erkunden

Taktische Zeichen

- Achtung
- Sammeln
- Marsch/Laufschritt
- Halt
- Reihe, Doppelreihe
- Kette
- Sternformation, Pulkformation

Personen- und Fahrzeugkontrollpunkte

- Tretgitterarbeit
- Aufbau von Trichtern – Hinweis auf Fächer
- Sicherung der Absperrung
- Durchführung von Personensichtungen
- Durchführung von gezielten Personenkontrollen an der Verengung
- Durchführung von Festnahmen
- Aufbau eines Fahrzeugkontrollpunktes
- Praktische Erklärung der Aufgaben
- Durchführung von Fahrzeugsichtungen und Fahrzeugkontrollen
- Verhalten bei Durchbruchversuchen

Arbeiten in der Gruppe und in Menschenmengen

- Arbeiten in der Gruppe
- Arbeiten in einer Menschenmenge
- Arbeiten auf engem Raum
- Taktisches Gruppenverhalten bei Lokal- oder Gebäudekontrollen
- Verletztenbergung
- Geordnetes Überwinden von Hindernissen und Tretgittern
- Verhalten bei Klein-Demos
- Verhalten bei Klein-Veranstaltungen, Botschaftsempfängen u.Ä.

3.2.4 Lernziele – Großer sicherheitspolizeilicher Ordnungsdienst (GSOD)

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen wissen:

- dass der GSOD eine Kernkompetenz der Exekutive ist;
- wie friedliche und halb-friedliche Anlässe in der geschlossenen Einheit bewältigt werden;
- dass die primäre Zielsetzung der Ordnungsdienstpolizei die Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit ist;

- wie sie ihre Aufgaben bei unfriedlichen Anlässen in Ergänzung zur Einsatzeinheit erfüllen;
- welche Bedeutung die Eigensicherung auch im GSOD-Einsatz hat;
- was unter dem Begriff „3 D–Philosophie“ zu verstehen ist;
- dass eine geschlossene Einheit in militärischer Ordnung unter einheitlichem Kommando und mit gemeinsamer Zielsetzung als Formation auftritt;
- um die Wichtigkeit der Verantwortung des Einzelnen im Gesamtkonzept des GSOD.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können:

- organisiert, koordiniert und zielgerichtet einschreiten;
- spezifische Transporttechniken im GSOD einsetzen;
- taktische Grundformen bilden;
- Straßensperren und Schleusen errichten;
- Geländeabschnitte geordnet durchsuchen;
- mit dem Gegenüber in der Einsatzphase „Dialog – D 1“ kommunizieren.

**INHALTE DES THEMENBEREICHS GROSSER SICHERHEITSPOLIZEILICHER
ORDNUNGSDIENST**

- GSOD-Theorie
- Kommunikation mit dem Gegenüber (D 1–Philosophie)
- Anwendung von GSOD-Einsatztechniken
- Spezifische Transporttechniken
- ES-Grundausbildung
- Ausbildung am großen Pfefferspray RSG-8 o.Ä.
- Grundlagen des Exerzierens
- Schilderarbeit
- Verwendung der persönlichen Schutzausrüstung (Helm, Turtle etc.)
- Taktische Grundformen (Sternformation, Kette, Doppelkette etc.)
- Absperren und Räumen von Bereichen
- Durchsuchung von Geländeabschnitten
- Errichtung von Straßensperren und Schleusen
- Eigensicherung im GSOD-Einsatz

3.2.5 Lernziele – Sonderlagentraining

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen wissen:

- welche Besonderheiten bei Sonderlagen / Amoklagen bestehen;
- welche Szenarien bei Sonderlagen / Amoklagen möglich sind;
- dass der Täter bei Amoklagen mit fortgesetzter Verletzungs- und Tötungsabsicht handelt und deshalb ein offensives Einschreiten notwendig ist;

- wie bei Sonderlagen / Amoklagen einzuschreiten ist bzw. welche Unterschiede es dabei gibt;
- dass die ersteintreffenden Kräfte bei einer Amoklage vorrangig stabilisieren sollen, um nicht durch vorschnelles polizeiliches Agieren eine Eskalation herbeizuführen;
- dass die ersteintreffenden Kräfte bei einer Amoklage unter hohem, kalkulierbarem Risiko sofort handeln müssen, um weitere Tote oder Verletzte zu verhindern;
- dass bei Sonderlagen das taktische Zusammenwirken mehrerer Organisationseinheiten notwendig ist;
- dass die Polizei bei Sonderlagen eine besondere Aufbauorganisation einnimmt;
- die Grundbegriffe der Richtlinie für das Führungssystem der Sicherheitsexekutive in besonderen Lagen (RFbL).

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können:

- konsequent und entschlossen einschreiten, um damit die Handlungskette des Täters bei einer Amoklage zu unterbrechen;
- schnell und planmäßig auf einen Amoktäter einwirken sowie das hohe, kalkulierbare Risiko dabei einschätzen;
- kontrolliert und offensiv auch mit wenigen Kräften gegen den Amoktäter vorgehen;
- bei Sonderlagen die besonders ausgebildeten und ausgerüsteten Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes verständigen;
- sich in besonderen Lagen im Sinne der RFbL verhalten.

INHALTE DES THEMENBEREICHS SONDERLAGEN

Allgemeines und Definitionen

- Definition von Amok- bzw. Sonderlage
- mögliche Szenarien
- rechtliche Aspekte
- Taktische Ziele
- Verpflichtung zum Einschreiten
- Taktische Grundlagen
- Zweck der Richtlinie für das Führungssystem der Sicherheitsexekutive in besonderen Lagen (RFbL)
- Grundbegriffe der RFbL

Einschreiten bei Amok- bzw. Sonderlagen

- Praktisches taktisches Grundlagentraining
- Täterorientiertes Vorgehen
- Verletztenbergung
- Schlüsselpositionen
- Sichtung vornehmen

- Zusammenwirken mit anderen Organisationseinheiten
- Scheibenszenarietraining
- Interaktives Szenarietraining
- Schießausbildung Glock/StG/MP unter Einbindung der Schutzausrüstung (insbesondere Schutzweste)
- Schießen auf größere Entfernungen (10–20 m)
- Schießen in der Bewegung (Vorwärts- und Rückwärtsgehen)
- Schnelles Aufsuchen sowie Schießen aus einer Deckung

3.2.6 Lernziele – Fahrtechnik

THEMENBEREICHE

- Basismodul 1 (Lenkberechtigung für Dienst-KfZ)
- Basismodul 2 (Lenkberechtigung für Einsatzfahrten iS der StVO)
- Basismodul 3 (Organisationsabhängiges Intensiv- und Spezialtraining)

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen wissen:

- welche Vorschriften für das Lenken von Dienstkraftfahrzeugen von Bedeutung sind;
- was sie beim Lenken von Dienstkraftfahrzeugen zu beachten haben;
- welche Verantwortung sie beim Lenken von Dienstkraftfahrzeugen haben;
- wie wichtig ein vorbildliches Verhalten beim Lenken von Dienstkraftfahrzeugen ist.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können:

- die für das Lenken von Dienstkraftfahrzeugen maßgeblichen Pflichten und Rechte benennen;
- das von ihnen gelenkte Dienstkraftfahrzeug auch bei Einsatzfahrten beherrschen;
- ihre Fahrweise den geforderten Gegebenheiten anpassen.

INHALTE DES THEMENBEREICHS FAHRTECHNIK

Theorie

- Dienstkraftfahrzeugrichtlinien des Bundesministeriums für Inneres (DKR – BMI) mit Durchführungsbestimmungen i.d.g.F.
- Kenntnis der mit Einsatzfahrten maßgeblich verbundenen Rechtsvorschriften (StVO, KFG)
- Kenntnis der für ihre Dienstbehörde maßgeblich geltende Dienstanweisung - bezogen auf die DKR – BMI bzw. auf die Verwendung von Dienst-Kfz im öffentlichen Verkehr

Überprüfung der Fahrkenntnisse

- Einparkübungen
- Slalomfahren

- Spiegelfahren
- Fahren mit Fahrzeugen mit längerem Radstand
- Verhalten im öffentlichen Verkehr
- Übungen in herbeigeführten Grenzsituationen

Die Übungen (Beschreibung – Inhalte – Ziel) sind in dem erlassgeregelten Curriculum zum Fahrtechnik-Instruktor verankert.

3.3 Sport

THEMENBEREICHE	STUNDENTAFEL	GESAMT
Basis- und Grundlagentraining	72	120 UE
Rettungsschwimmausbildung I	8	
Aufbautraining	32	
Rettungsschwimmausbildung II	8	

3.3.1 Lernziele

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen wissen:

- über Grundlagen in der Trainingslehre Bescheid, wie insbesondere
 - Trainingsplanung;
 - Trainingsgestaltung;
 - Trainingsprinzipien;
 - Sport und Hygiene;
 - Verhalten bei Sportverletzungen;
 - Materialkunde;
 - Ernährungslehre.
- über die Wichtigkeit der sportlichen Betätigung als präventives und therapeutisches Mittel gegen Stress und seine schädlichen Auswirkungen Bescheid.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können:

- durch Sport einen Ausgleich zum Berufsalltag herstellen;
- die eigene physische Belastbarkeit einschätzen;
- die sportliche Leistungsfähigkeit durch gezieltes Training verbessern;
- die Grundsätze der Ernährungslehre anwenden;
- ihr Gesundheitsbewusstsein verbessern;
- Teamgeist, Kameradschaft und Freude am Sport erleben;
- das österreichische Sport- und Turnabzeichen erwerben;
- die österreichischen Rettungsschwimmbzeichen erwerben.

INHALTE DES THEMENBEREICHS BASIS- UND GRUNDLAGENTRAINING

- **Theorie der Trainingslehre**
- **Basis- und Grundlagentraining:**
 - Verbesserung der konditionellen Fähigkeiten
 - Verbesserung der koordinativen Fähigkeiten
- **Leistungsüberprüfung:**
 - Trainingskontrolle – Leistungsnachweis
 - Leistungstest – Erfüllen der Limits

INHALTE DES THEMENBEREICHS RETTUNGSSCHWIMMAUSBILDUNG I

- **Schwimmen**
Grundlagentraining der Schwimmarten Brust-, Kraul- und Rückenschwimmen
- **Retten**
Springen, Anschwimmen, Suchen nach Verunglückten, Tauchen und den Verunglückten an die Wasseroberfläche bringen, Transport-, Befreiungs- und Rettungsgriffe, Bergen, Einsatz von Rettungsgeräten, Erste Hilfe bei Wasserunfällen, besondere Unfallsituationen

INHALTE DES THEMENBEREICHS AUFBAUTRAINING

- **Aufbautraining:**
 - Ausdauer
 - Kraft
 - Schnelligkeit
 - Koordination
 - Leistungsüberprüfung
 - Trainingskontrolle – Leistungsnachweis
- **Leistungsüberprüfung:**
 - Trainingskontrolle – Leistungsnachweis
 - Leistungstests – Erfüllen der erlassmäßig vorgegebenen Limits

INHALTE DES THEMENBEREICHS RETTUNGSSCHWIMMAUSBILDUNG II

- Ablegen des Helfer- oder Retterabzeichens nach den Bestimmungen für die „Österreichischen Rettungsschwimmerabzeichen“ (ÖRSA)

3.4 Erste Hilfe

THEMENBEREICHE	STUNDENTAFEL	GESAMT
Notfälle und Szenarien	16	16 UE

3.4.1 Lernziele

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wissen:

- welche möglichen Arten von Notfallsituationen es gibt und wie man sie erkennt;
- wie sie sich bei diesen Notfallsituationen verhalten sollen;
- wie man Gefahrenstellen richtig absichert;
- wie man einen Notruf richtig absetzt und welche Rettungsmittel zur Verfügung stehen;
- welche taktischen Gefahrenbereiche es gibt;
- was Lebensrettende Sofortmaßnahmen sind;
- wie man den Notfallcheck durchführt;
- wie man starke Blutungen stillt;
- wie und wann ein Defibrillator einzusetzen ist;
- welche Arten von Verbänden es gibt.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen können:

- eine Unfallstelle richtig absichern;
- selbstbewusst Lebensrettende Sofortmaßnahmen einleiten;
- den Notfallcheck ordnungsgemäß durchführen;
- die Lagerungen und Schienungen ordnungsgemäß durchführen;
- einen Defibrillator funktionsgemäß einsetzen;
- unterschiedlichste Verbände anlegen;
- einen Notfall nach dem cABCDE Schema abarbeiten;
- kritische Blutungen stillen.

3.5 Englisch

THEMENBEREICHE	STUNDENTAFEL	GESAMT
Einstufungstest	2	4 UE
Abschlusstest	2	

3.5.1 Lernziele

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen **wissen**:

- welche Phrasen und Vokabeln im polizeilichen Alltag häufig gebraucht werden;
- wie sie ihre Englischkenntnisse verbessern können;
- wie man alltägliche Situationen in Englisch meistert.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer **können**:

- Amtshandlungen und Dialoge in englischer Sprache führen;
- Auskünfte in Englisch erteilen;
- Befragungen in Englisch durchführen.

INHALTE DES THEMENBEREICHS EINSTUFUNGSTEST

Mit einem elektronischen Einstufungstest am e-Campus werden zu Beginn der Ausbildung die Sprachkenntnisse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer festgestellt.

Bei positivem Test (vergleichbar mit dem Referenzniveau A2) ist über das Angebot am SIAK-Campus das Spezialvokabular (Handbuch für Polizeienglisch) bis zur Abschlussprüfung im Selbststudium und in Eigenverantwortung zu erarbeiten.

Sollten die Englischkenntnisse nicht ausreichen (negativer Einstufungstest) werden Fördermaßnahmen außerhalb der Dienstzeit in folgendem Ausmaß angeboten:

- **16 UE durch einen Englischtrainer bzw. eine Englischtrainerin**
- **12 UE zur Durcharbeit der Lernmodule bzw. von Übungsaufgaben**

Das zur Verfügung gestellte Handbuch und die dazugehörigen Vokabeln sind die zu erarbeitenden Mindestanforderungen.

INHALTE DES THEMENBEREICHS PRÜFUNG

Die Abschlussprüfung wird ebenfalls elektronisch am SIAK-Campus absolviert. Im Zuge dieses Tests wird das zu erwerbende Wissen (Handbuch für Polizeienglisch und Fachvokabular) abgefragt und bewertet.

Dadurch wird am Ende der Ausbildung sichergestellt, dass alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer zumindest die geforderten Grundkenntnisse in Englisch erworben haben.

3.6 Themenzentrierter Unterricht

THEMENBEREICHE	STUNDENTAFEL	GESAMT
Regionale Schwerpunkte der Landespolizeidirektionen	40	82 UE
Verschriftlichung der Amtshandlungen aus dem modularen Kompetenztraining	30	
Reflexion des Berufspraktikums I	12	

3.6.1 Lernziele

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen **wissen:**

- welche regionalen Schwerpunkte in ihrem Bundesland relevant sind;
- welche aktenmäßige Bearbeitung die im modularen Kompetenztraining geübten Amtshandlungen benötigen;
- wie komplex und vielfältig der Polizeialltag ist.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer **können:**

- auf die bundesländerspezifischen Gegebenheiten Rücksicht nehmen;
- die im modularen Kompetenztraining geübten Amtshandlungen verschriftlichen.

INHALTE DES THEMENBEREICHS REGIONALE SCHWERPUNKTE DER LANDESPOLIZEIDIREKTIONEN

- Regionale Schwerpunkte der Landespolizeidirektionen

INHALTE DES THEMENBEREICHS VERSCHRIFTLICHUNG DER AMTSHANDLUNGEN AUS DEM MODULAREN KOMPETENZTRAINING

Die Verschriftlichung der Amtshandlungen orientieren sich an den trainierten Moduleinheiten. Die 30 UE obliegen grundsätzlich den Lehrkräften des Ausbildungsmoduls „Bürokommunikation“ und umfassen auszugsweise:

- Meldungslegung über eine Amtshandlung in Bezug auf die „Erste Allgemeine Hilfeleistung“
- Anzeigeerstattung bezüglich eines Vermögensdeliktes (eventuell Ausfüllen eines Formulars zur beschleunigten Anzeigenaufnahme bzw. eines Soforterledigungsformulars – SEF)
- Protokollieren einer Anzeige wegen des Verdachts einer Körperverletzung
- Verfassen einer Anzeige wegen Lärmerregung
- Überblick über den Aktenvorgang und gemeinsames Erstellen eines Aktes für eine Amtshandlung betreffend Gewalt in der Privatsphäre

INHALTE DES THEMENBEREICHS REFLEXION DES BERUFSPRAKTIKUMS I

- Aufarbeitung von Erfahrungen, die die Auszubildenden in den Polizeiinspektionen gewonnen haben

4

Berufspraktikum

4.1 Berufspraktikum I

THEMENBEREICHE

Aufgaben des Besetzungsdienstes
Einführung in den Streifendienst
Durchführung von Verkehrsanhaltungen
Durchführung von Lasermessungen
Funktion und Bedienung einer automatischen Verkehrslichtsignalanlage
Verkehrsregelung durch Armzeichen
Untersuchung der Atemluft auf Alkoholgehalt mittels Alkovortestgerät
Untersuchung der Atemluft auf Alkoholgehalt mittels Alkomat
Dokumentation von Amtshandlungen
Handhabung von Dienstbehelfen und Einsatzmitteln
Ausfüllen von gängigen Drucksorten

GESAMT

3 Monate

4.1.1 Lernziele

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer **wissen**:

- wie eine korrekte Dienstübergabe bzw. Dienstübernahme durchgeführt wird;
- welche Aufgaben es in einer Polizeiinspektion (PI) gibt und wie diese verteilt sind;
- welche Weisungsverhältnisse es innerhalb einer PI bzw. eines SPK/BPK bzw. der LPD gibt;
- welche Behördenzuständigkeiten es im Zuge von konkreten Amtshandlungen geben kann;
- welche Aufgaben ihnen im Zuge von Beschwerdefällen zukommen;
- welche Melde- und Dokumentationspflichten es in einer PI gibt;
- wie schriftliche Dokumentationen verfasst werden;
- welche EDV-Applikationen im Zuge eines Dienstes in einer PI zur Anwendung kommen und welche Funktionen diese haben;
- welche Funktionen der Datenfunk hat und wie dieser zu bedienen ist;
- wie wichtig die Betätigung der Statustasten für die Eigensicherung ist;
- wie eine automatische Verkehrslichtsignalanlage (aVLSA) funktioniert und wie man diese manuell schalten kann;
- welche Armzeichen es im Rahmen einer Verkehrsregelung gibt;
- wie der Verkehr durch Armzeichen geregelt wird;
- welche Ausrüstungsgegenstände und Einsatzmittel es in einer PI und in den Dienstfahrzeugen gibt;
- welche technischen Einsatzmittel in einer PI zum Einsatz kommen können und welche Funktionen diese haben;
- über den Umgang mit streng verrechenbaren Drucksorten, wie z.B. Organmandatsblock und Sicherheitsleistungsblock Bescheid;
- welche Drucksorten wann und wie im Dienst auszufüllen sind.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen können:

- Weisungen von Vorgesetzten rechtlich einordnen und dementsprechend umsetzen;
- Aufgaben innerhalb einer PI gemäß deren Aufteilung einordnen und korrekt umsetzen;
- Behördenzuständigkeiten je nach Amtshandlung korrekt zuordnen;
- mit Beschwerdefällen professionell umgehen;
- bestehende Melde- und Dokumentationspflichten korrekt anwenden und umsetzen;
- schriftliche Dokumentationen ordnungsgemäß verfassen;
- gängige Formulare ausfüllen;
- Abschleppungen durchführen;
- die in einer PI zum Einsatz kommenden EDV-Applikationen gesetzeskonform anwenden;
- die geltende Funkordnung vorschriftsmäßig anwenden;
- eine automatische Verkehrslichtsignalanlage händisch schalten;
- Armzeichen im Zuge einer Verkehrsregelung fehlerfrei ausführen;
- die in einer PI und in den Sektorenstreifen in Verwendung stehenden Ausrüstungsgegenstände und Einsatzmittel korrekt und schonend einsetzen;
- bei der Beschädigung solcher Ausrüstungsgegenstände bzw. Einsatzmittel die notwendigen Maßnahmen setzen;
- technische Einsatzmittel wie Lasermessgeräte, Alkovortestgeräte, Alkomat, Radargeräte usw. gesetzeskonform bedienen.

Bildungszentren der Sicherheitsakademie

BZS Absam

Walder Straße 26
6067 Absam Wiesenhof
059133/92/7766

BZS Eisenstadt

Neusiedler Straße 84
7000 Eisenstadt
059133/92/7166

BZS Feldkirch

Hämmerle Straße 4
6805 Feldkirch-Gisingen
059133/92/7860

BZS Graz

Straßganger Straße 280
8021 Graz
059133/92/7666

BZS Krumpendorf

Hauptstraße 193
9201 Krumpendorf
059133/92/7260

BZS Linz

Liebigstraße 30
4010 Linz
059133/92/7466

BZS St. Pölten

Europaplatz 2
3100 St. Pölten
059133/92/8301

BZS Salzburg

Weiserstraße 22
5020 Salzburg
059133/92/7560

BZS Traiskirchen

Akademiestraße 3
2514 Traiskirchen
059133/92/2500

BZS Wels

Linzer Straße 89
4600 Wels
059133/92/8400

BZS Wien

Marokkanergasse 4
1030 Wien
01/71722/99/51002

BZS Ybbs

Kirchengasse 12-14
3370 Ybbs/Donau
059133/92/7366

